

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schleifische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften

**A**m 3. Oktober ist vom Reichstag das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verabschiedet worden. Damit ist eine Periode schwerster Kämpfe um die Erhaltung einer der wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Und wenn auch die Gemeinde- und Staatsarbeiter als Berufsgruppe mit geringster Arbeitslosigkeit von dem materiellen Ausgang dieses Kampfes unmittelbar am wenigsten berührt werden, so gebieten doch die gewaltige Tragweite und die prinzipielle Bedeutung der umkämpften Probleme eine zusammenfassende Darstellung des Ergebnisses dieses von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie so zäh geführten Kampfes.

Mit Recht konnten die Gewerkschaften die Schaffung der Arbeitslosenversicherung im Juli 1927 als „Sieg eines Prinzips“ bezeichnen. Denn mit diesem Gesetz war der Ring des Sozialversicherungssystems geschlossen, war der Willkür kapitalistischer Wirtschaftsführung eine neue Fessel angelegt. Und wenngleich die politischen Vertreter des Unternehmertums dem von den Gewerkschaften entscheidend mitgestalteten Gesetz aus politischen Gründen ihre Zustimmung nicht hatten versagen können, so setzten doch sehr bald Versuche ein, die soziale und lohnpolitische Wirksamkeit des neuen Gesetzes zu untergraben.

Der Abschluß des ersten Geschäftsjahres 1927/28 der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ergab einen Ueberschuß von etwa 10 Millionen Mark, der im Laufe des nächsten Finanzjahres bis zum November 1928 um weitere 100 Millionen anstieg. Unter normalen Umständen hätte diese Reserve ausgereicht, einen erheblichen Teil der erhöhten Leistungsanforderungen des Winters zu finanzieren. Die von niemanden vorausgesehene und auch nicht voraussehbare katastrophale Zuspitzung der Arbeitsmarktverhältnisse im letzten Winter (Februar 1929: 2 350 000 Hauptunterstützungsempfänger ohne Krisenfürsorge!) machte jedoch alle Berechnungen zunichte. Nicht nur erforderte die im Dezember 1928 eingeführte und zu vier Fünftel vom Reich übernommene „Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit“ statt 28 Millionen einen Reichszuschuß von insgesamt 105 Millionen Mark, sondern es mußte außerdem das Reich der Reichsanstalt Darlehen in Höhe von 275 Millionen Mark gewähren.

Diesen Augenblick, da die schwierige Lage der Reichsanstalt mit der ungünstigsten Gestaltung der Reichsfinanzen zusammentraf, benutzten die Gegner der Arbeitslosenversicherung, um ihre Abbauforderungen in verstärktem Maße geltend zu machen. Durch geschickte Ausnutzung der allgemein herrschenden Krisenstimmung gelang es, weite Kreise in die Kampfstellung gegen die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen. Der immer wiederkehrende Refrain der Angriffe ist bekannt. Die

auch von den Gewerkschaften nicht bestrittenen Mißbräuche der Versicherung wurden maßlos aufgebauscht und verallgemeinert. Vor allem aber wurde behauptet, die Arbeitslosenversicherung unterhöhle die Reichsfinanzen und führe bei Aufrechterhaltung der bisherigen Leistungen zum finanziellen Zusammenbruch. Trotzdem die Gewerkschaften alle diese Behauptungen widerlegen konnten, verschlossen sie sich nicht der Notwendigkeit, eine „Sanierung“ der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen. Sie erklärten aber von vornherein, daß sie jeden prinzipiellen Abbau der Versicherungsleistungen auf das allerstärkste bekämpfen würden. Um die Leistungen im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten und die Finanzen der Reichsanstalt auf eine gesunde finanzielle Basis zu bringen, schlugen sie eine Beitragserhöhung von einem Prozent und Niederschlagung der vom Reich gewährten Darlehen vor. Die Arbeitgeber jedoch erklärten ebenso entschieden, daß für sie jede auch noch so geringfügige Beitragserhöhung undiskutabel sei und veröffentlichten gleichzeitig ein weitgehendes Abbauprogramm, das die Arbeitslosenversicherung noch hinter den Stand der alten Arbeitslosenfürsorge zurückwarf.

Verhandlungen innerhalb der Regierung und zwischen den Regierungsparteien über ein „Sofortprogramm“ scheiterten an der Unversöhnlichkeit der sich diametral gegenüberstehenden Forderungen. Um die ganze Angelegenheit in eine sachlichere Atmosphäre zu leiten, wurde daraufhin Ende Juni vom Reichsarbeitsminister Wissell eine Sachverständigenkommission berufen, deren Aufgabe in der Lösung folgender Frage bestehen sollte: „Welche Maßnahmen sind zur endgültigen Reform der Arbeitslosenversicherung notwendig, um die Reichsanstalt finanziell leistungsfähig zu erhalten, ohne daß dadurch ihre sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben gefährdet werden?“

Soweit dieser Sachverständigenauschuß sich auf Vorschläge zur Beseitigung offensichtlicher Mißstände beschränkte, einzelne Begriffe (Arbeitslosigkeit, Arbeitsfähigkeit, geringfügige Beschäftigung usw.) klarer formulierte, konnten auch die Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie diesen Beschlüssen größtenteils zustimmen. Nicht aber war das der Fall bei jenen mit wechselnden Mehrheiten zustande gekommenen Beschlüssen, die die letzten Endes politischen Entscheidungen über Abbau der Versicherungsleistungen oder Erhöhung der Beiträge vorwegzunehmen suchten.

Bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Jahresarbeitslosenziffer von 1,1 Millionen beträgt das zu deckende Defizit etwa 280 Millionen Mark. Nach den Vorschlägen der Sachverständigenkommission sollte die Deckung dieses Fehlbetrages erreicht werden zur Hälfte durch eine 1/2prozentige Beitragserhöhung und zur anderen Hälfte durch Einsparungen verschiedener Art, die zum Teil einen Abbau der Versicherungsleistung bedeuteten.

Der nunmehr vom Reichsarbeitsminister Wissell dem Reichsrat und zur informativischen Besprechung dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages vorgelegte Gesetzentwurf übernahm einen Teil der vom Sachverständigenausschuss besonders hinsichtlich der Beseitigung von Mißständen gemachten Vorschläge und sah gleichfalls eine 1/2prozentige Erhöhung der Beiträge vor. Nicht übernommen wurde vor allem der unter dem Namen „Antrag Riesener-Teusch“ bekanntgewordene Vorschlag, die Höhe der Unterstützungssätze abhängig zu machen von der Dauer der Anwartschaftszeit und die besondere Verlängerung der Wartezeit bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit. Trotzdem enthielt auch dieser Entwurf noch eine ganze Anzahl von Bestimmungen, die von den Gewerkschaften als sozialpolitisch nicht tragbar erachtet wurden, so die verlängerte Wartezeit und die Anrechnung von Sozialrenten auf die Arbeitslosenunterstützung.

Sowohl im Reichsrat wie im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages kam über alle grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zunächst keine Einigung zustande. Im Ausschuss wurden sämtliche umstrittenen Bestimmungen (Beitrags-erhöhung, Wartezeit, Saisonarbeiter) abgelehnt, ebenso aber auch die Änderungsanträge der Parteien, so daß man vor einem Nichts stand. Im Reichsrat wurden schließlich eine Reihe von Änderungen an dem Gesetz vorgenommen, denen die Regierung nicht zustimmte. Die endgültige Entscheidung lag nunmehr wiederum beim Reichstag, dem ein neuer Entwurf unter Berücksichtigung der bisherigen Beratungen zuzuging.

Angesichts der Erfordernisse der gegenwärtigen politischen Lage ist in den Beratungen dieses Entwurfes eine weitgehende Annäherung innerhalb der Regierungsparteien zustande gekommen. Nur die Deutsche Volkspartei hat sich dieser Verständigung entzogen.

Bei der Würdigung der Ergebnisse des langwierigen und hartnäckigen Kampfes um die Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes darf nicht vergessen werden, daß die Gewerkschaften niemals die unfruchtbare Lösung des „Alles oder nichts“ zu der ihren gemacht haben. Wir sind uns bewußt, daß noch lange zwischen dem erstrebten sozialpolitischen Ziel und dem jeweils politischen Durchsetzbaren eine Lücke klaffen wird. Wenn man aber die anfänglichen Forderungen des Unternehmertums, die erwähnten Beschlüsse des Sachverständigenausschusses und die ebenfalls sehr auf Abbau zugeschnittenen Anträge der übrigen bürgerlichen Parteien mit der endgültigen Fassung des Gesetzes vergleicht, so wird man erkennen, daß an der energischen, einmütigen Haltung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion alle Versuche, einen allgemeinen Abbau oder grundsätzliche Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung zu erzwingen, zunichte geworden sind. Ja, über die bloße Abwehr hinaus sind in einigen Fällen sogar Verbesserungen zu verzeichnen. Als wichtigste Ergebnisse der Reformen sind zu nennen:

1. Die Erhöhung der Beiträge ist abgelehnt worden. Da die durch die neuen Regelungen zu erzielenden Ersparnisse auf etwa 107 Millionen Mark berechnet werden, bleibt auch in Zukunft bei voller und mehr noch bei übermäßiger Inanspruchnahme der Reichsanstalt ein erhebliches Defizit zu decken. Das Reich wird also bis auf weiteres der Reichsanstalt Darlehen gewähren müssen, soweit diese zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungen erforderlich sind. Es muß aber bereits betont werden, daß dieser Zustand kein endgültiger sein kann und die Frage der Beitragserhöhung — die bei Ausschaltung von Darlehen die einzige Möglichkeit einer vollen Erhaltung der Arbeitslosenversicherung bildet — im Zusammenhang mit der allgemeinen Finanzreform wieder aufgerollt werden wird. Obgleich im Reichstag eine schwache Mehrheit für Erhöhung der Beiträge bereit war, hat man aus politischen Gründen davon abgesehen.

2. Von allen bürgerlichen Parteien ist, in allerdings verschiedenem Ausmaß, die Forderung erhoben worden, die Höhe der Unterstützungsleistung abhängig zu machen von der Dauer der Beitragszahlung. Es sollte also ein Arbeitsloser, der nur 26 Wochen Anwartschaft aufzuweisen hatte, weniger erhalten als derjenige, der etwa über 52 Wochen Anwartschaft hinter sich hatte. Der

grundsätzliche Standpunkt der Gewerkschaften, daß nach Erfüllung der gesetzlichen Mindestanwartschaft alle Unterstützungen gleichmäßig bemessen werden müssen, ist demgegenüber vollkommen durchgedrungen.

3. In der außerordentlich schwierigen Frage der Saisonarbeiter sind fast alle, zum Teil sehr weitgehenden Verschlechterungsanträge abgewehrt. Die in den Anträgen aller bürgerlichen Parteien geforderte besondere Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter ist vollkommen gefallen. Annahme gefunden hat die Anregung der Gewerkschaften, den Saisonarbeitern die Sätze der Krisenfürsorge zu gewähren. Die bisherige Bedürfnisprüfung ist beseitigt worden. Im übrigen unterstehen die Saisonarbeiter keiner Sonderregelung mehr, sondern den allgemeinen Vorschriften des Gesetzes. Der Vorschlag der Regierungsvorlage, für Saisonarbeiter einen Sonderbeitrag von einem Prozent zu erheben, verfiel allseitiger Ablehnung.

4. Die geplante allgemeine Verlängerung der Wartezeit für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige ist abgelehnt worden. Nur für Arbeitslose unter 21 Jahren, die in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind, beträgt die Wartezeit noch vierzehn Tage. Ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Regelung ist die Verkürzung der Wartezeit für Arbeitslose mit vier und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen von sieben auf drei Tage.

5. Hinsichtlich der Anrechnung von Sozialrenten auf die Erwerbslosenunterstützung ist die Freigrenze von 20 Mk. auf 30 Mk. monatlich erhöht worden.

Die Sozialdemokratie hat außerdem zwei wesentliche Verbesserungen der Arbeitslosenversicherung erreicht: Die bisherige Ungerechtigkeit Jugendlichen gegenüber wird beseitigt. Lehrlinge unterliegen in Zukunft bereits 52 Wochen vor Beendigung ihrer Lehrzeit der Versicherungspflicht, so daß sie bei Beendigung der Lehrzeit Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben. Ferner wurde auf Antrag der Sozialdemokratie für Unternehmer der Meldezwang über die Besetzung offener Stellen eingeführt.

Neben diesen Erfolgen hat die Sozialdemokratie auch einige Verschlechterungen des bisherigen Zustandes in Kauf nehmen müssen. Während bisher die Anwartschaftszeit erfüllt war, wenn der Arbeitslose in den letzten zwölf Monaten mindestens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hatte, beträgt die Anwartschaftszeit für alle Fälle einer erstmaligen Inanspruchnahme nunmehr 52 Wochen innerhalb der letzten zwei Jahre. Diese Bestimmung wird jedoch dadurch gemildert, daß Arbeitslosen, die am 1. November 1929 Arbeitslosenunterstützung bezogen, die Unterstützung nicht entzogen werden darf, wenn sie die Anwartschaft nach den bisherigen Bestimmungen erfüllt haben. Es kann also von der neuen Bestimmung nur betroffen werden, wer, ohne Lehrling gewesen zu sein, erst nach Inkrafttreten des Gesetzes Arbeitnehmerzugehörigkeit erwirbt.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie ist ferner beschlossen worden, daß in dem Falle des Auseinanderfallens von Beschäftigungsort und Wohnort die Unterstützung nach den Sätzen des Wohnortes zu bemessen ist. Ebenso hat sich die Sozialdemokratie vergeblich gegen eine Verschärfung der Strafbestimmungen bei unberechtigter Inanspruchnahme der Versicherung gewandt.

Es wäre eine Verkennung der Lage, in der sich die deutsche Arbeiterschaft befindet, wenn man die vom Unternehmertum und den mit ihm alliierten Parteien vorgebrachten Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung als das Wesentliche dieser Kämpfe betrachten wollte. Es geht heute und mehr noch in der Zukunft letzten Endes nicht darum, ob diese oder jene Bestimmung eines sozialpolitischen Gesetzes so oder so geändert werden soll, ob „Mißbräuche“ abgestellt werden oder nicht. Sondern der Kampf um die Arbeitslosenversicherung ist nur eine Episode in dem Kampf der monopolkapitalistischen Mächte gegen das gesamte System und den Sinn unserer Sozialpolitik, die der Bewegungsfreiheit des Unternehmertums um so gefährlicher wird, je mehr die gewerkschaftliche und die staatspolitische Macht der Arbeiterschaft zu einer Einheit zusammenwachsen.

# Die Kampfziele der Unternehmer und die öffentliche Wirtschaft

## Kritisches zur Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Am 20. und 21. September fanden sich etwa 1500 Vertreter der im Reichsverband der Deutschen Industrie zusammengeschlossenen industriellen Unternehmer in Düsseldorf zusammen, um sich — Vorträge halten zu lassen. Das Bemühen, durch eingehende Diskussion der zu klärenden Fragen zu einer wirklichen Selbstverständigung zu gelangen — für Tagungen der Arbeiterorganisationen eine Selbstverständlichkeit —, kennt dieser Verband in seinen öffentlichen Veranstaltungen nicht. Er kann sich eine solche Debatte auch nicht leisten, denn sie würde den stets zur Schau getragenen „einheitlichen Willen“ der Industrie in ein Nichts auflösen und an seine Stelle das Bild eines rücksichtslosen Kampfes aller industriellen Gruppen gegeneinander setzen. Einen kleinen Vorgeschmack davon gab die kurze, dafür aber um so mehr bezeichnende Diskussion in der Frage der Auslandsbeteiligungen der deutschen Industrie.

So mußte die Bedeutung der Tagung wesentlich im Negativen liegen: Kampf gegen Wirtschaftsdemokratie, gegen Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft an der Führung der Unternehmungen, gegen wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften, gegen Finanz- und Steuerpolitik, gegen die Sozialversicherung usw. — in diesen Punkten ist sich allerdings die Industrie einig. Den brennendsten innen- und außenpolitischen Problemen der Zeit, Arbeitslosenversicherung und Young-Plan, wick man aus. Die Stellungnahme zu diesen Fragen spart sich der Reichsverband wohl für die Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen auf. Er wird bei einer für November angelegten außerordentlichen Tagung den Young-Plan und seine innerpolitischen, vor allem finanzpolitischen Auswirkungen zur Diskussion stellen und vorher noch zu Fragen der Arbeitslosenversicherung und der Finanzreform mit einem „Sofortprogramm“ an die Öffentlichkeit treten.

Der erste Verhandlungstag wurde eröffnet mit einer Rede von Geheimrat Duisberg, dem führenden Mann in dem chemischen Milliardentrust. Er gab zunächst einen Rückblick über die zehnjährige Tätigkeit des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Im Jahre 1919, wenige Monate nach dem Zusammenbruch, ist der Reichsverband aus dem Zusammenschluß des schwerindustriell interessierten Zentralverbandes der Deutschen Industrie, des Bundes der Industriellen, der die verarbeitende Industrie vertrat, sowie des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie entstanden. Als Zweck des Reichsverbandes wurde in den Satzungen verankert die Vertretung und Förderung der deutschen Industrie in allen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen. Schon in seinen Anfängen ließ der Verband jedoch keinen Zweifel darüber bestehen, was er als seine eigentliche Aufgabe betrachtete. Wie heute gegen die Wirtschaftsdemokratie, so wandte er sich damals gegen den Gedanken der Planwirtschaft. Wie heute, so waren auch auf seinen ersten Tagungen die Klagen über die schwere Belastung der Wirtschaft durch die Steuer- und Sozialpolitik wesentlicher Bestandteil. Herr Duisberg gab zwar mit erstaunlicher Offenheit bekannt, daß der Reichsverband seine Stellung nicht gegen oder neben dem Staat, sondern nur in ihm finden könne. In diesem Bekenntnis zur Republik könnte man vielleicht einen besonderen Fortschritt erblicken, wenn auch eine ähnliche Erklärung von ihm schon vor zwei Jahren in Frankfurt a. M. und von Generaldirektor Silverberg schon 1926 auf der Dresdener Tagung abgegeben wurde. Sie bedeutet freilich nicht viel mehr, als daß die Herren Unternehmer so freundlich sein wollen, auch auf dem Boden der Republik ihre Geschäfte zu machen. Dem Kapitalismus ist es allerdings gegeben, sowohl in einer Republik als auch unter monarchistischer Staatsform seine Profite anzuhäufen. Aber nicht um die Staatsform, nicht um den politischen Begriff der Republik geht heute der Kampf, sondern um ihren Inhalt. Wir wollen den republikanisch-

demokratischen Rahmen des Staates mit sozialem Inhalt erfüllen und der Arbeiterschaft eine Mitwirkung und Mitbestimmung sichern, nicht nur in der Politik, sondern vor allem auch in der Wirtschaft. Der Träger dieses Staatsgedankens ist aber — das zeigt die Tagung des Reichsverbandes aufs neue — nicht das industrielle Unternehmertum, sondern die Masse der Werktätigen. Tatsächlich ist der Unternehmer, solange er die Demokratisierung der Wirtschaft bekämpft, trotz aller schönen Worte der Feind der Republik. Vorläufig ist er es in erheblichem Umfange auch noch ganz unmittelbar; denn trotz der Rede des Herrn Duisberg gibt es eine sehr große Anzahl von Unternehmern, die heute noch staatsfeindliche Verbände mit Industriegeldern finanzieren.

Herr Duisberg ist mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zufrieden. Wirtschaftsdemokratie? Unsinn!

„Es ist jetzt weiß Gott nicht an der Zeit, kostspielige Versuche mit ungewissem Ausgang zu machen. Unser Wirtschaftssystem hat sich bewährt. Wir sollten uns auf das Bewährte beschränken und es in vertrauensvoller gemeinsamer Arbeit ausbauen.“

Mit diesen Allgemeinplätzen glaubt man in der Industrie ein Problem abtun zu können, um dessen Klärung sich seit Jahren die besten Köpfe der Gewerkschaftsbewegung und der sozialistischen Parteien bemühen. Ebenso leicht macht man es sich bei der Darlegung der Vorzüge unserer Wirtschaftsordnung. Man rühmt den hohen Lebensstandard des deutschen Volkes und weist auf die gestiegenen Reallohne hin, vergißt aber zu sagen, daß das, was erreicht ist, erst unter schweren Kämpfen und großen Opfern von der Arbeiterschaft dem Unternehmertum abgerungen werden mußte. Auch das Arbeitslosenproblem ist eine Kleinigkeit:

„Im 18. Jahrhundert kamen in manchen Gebieten Deutschlands auf 1000 Einwohner 260 Bettler, also 26 Proz. Heute haben wir einen Arbeitslosenprozentsatz von 1,8 Proz.“

Es ist also alles in bester Ordnung! Das kapitalistische System hat sich bewährt!

Als zweiter Redner sprach Geheimrat K a s t l über die Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik. Er ging davon aus, daß gerade die gegenwärtigen Verhältnisse die deutsche Industrie zwingen, ihren Blick über die nationalen Grenzen hinaus in das Riesengefüge der internationalen Wirtschaft zu werfen. Deutschland sei an der internationalen Wirtschaftspolitik auf das stärkste interessiert und müsse versuchen, sich im richtigen Augenblick an der richtigen Stelle einzufügen. Der Redner gab hierbei einen Überblick über die Organisation der internationalen Wirtschaftspolitik, wobei er auf die wichtige Rolle des Völkerbundes und der internationalen Handelskammer hinwies. Er streifte in diesem Zusammenhang das Problem Rußlands, Japans, Chinas und Afrikas unter Hinweis auf die Bedeutung der überseeischen Rohstoffgebiete. Besonders betonte er die Entwicklung der pan-europäischen Bewegung sowie der panasiatischen und panamerikanischen Bewegung. Zum Schluß ging Kastl auf die Reparationsfrage kurz ein. Er bezeichnete den grundsätzlichen Charakter des Reparationsproblems als ein Weltwirtschaftsproblem und wies darauf hin, daß es sich vor allem in dreifacher Gestalt auswirke: einmal als Exportproblem, dann als Konsumproblem und schließlich als Kapitalproblem.

Bezeichnend für die Geisteshaltung des deutschen Unternehmers war die Rede des Herrn Dr. K a l l e, Mitglied des Verwaltungsrates der I. G. Farbenindustrie A.-G. Er löst zunächst die Klassengegenstände zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, Gegensätze, die diese Klassen in allen entscheidenden Fragen voneinander trennen, in lauter Liebe und Verstehen auf, indem er den Unternehmer als den ersten Arbeiter seines Werkes preist. Immer und immer wieder

wird da persönliche Tüchtigkeit und die ungeheure Arbeitsleistung des Unternehmertums und der leitenden Beamten der Industrie von ihm in den Vordergrund geschoben. Allein die Arbeit dieser Männer sei das eigentlich Entscheidende bei dem industriellen Aufschwung. Für alle die Massen fleißiger Hände in den Betrieben, für die anonym geleistete Gemeinschaftsarbeit der Belegschaften hat er nicht ein Wort übrig. Das ist offenbar eine ganz nebensächliche Erscheinung im Produktionsprozeß.

Die Auffassung des Finanzkapitals vertrat auf der Tagung Dr. Kehl, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, der über die Bedeutung des internationalen Kapitalmarktes für Deutschland sprach. Sein Referat war das einzige, das in bezug auf Erkenntnis der ökonomischen Zusammenhänge einiges Niveau hatte. Es entbehrt dabei nicht eines gewissen Reizes, wenn Herr Kehl erklärt, der Bankier fühle sich mit den Industriellen solidarisch, da auch er Industrieller sei, der die „Ware Geld“ verarbeite. Der Redner beziffert den deutschen Kapitalbedarf bei einem jährlichen Zuwachs von 250 000 Erwerbstätigen auf mindestens 6 Milliarden Mark. Hierzu kämen die Anforderungen für die Rationalisierung, die Auffüllung des Betriebskapitals und schließlich die Reparationszahlungen in Höhe von 2 Milliarden Mark. Es seien also pro Jahr 10 Milliarden aufzubringen, die etwa 7 Vorkriegsmilliarden entsprächen. Damit hätte die Kapitalbildung in Deutschland bisher nur den dringendsten Bedarf gedeckt. Der Redner zweifelt überhaupt daran, ob das wirklich der Fall gewesen sei. Industrie, Handel und Banken hätten im Auslande Anleihen aufnehmen müssen, die in der Zeit von 1924 bis 1928 3 bis 4 Milliarden Mark betragen. Infolge der unzureichenden Kapitalbildung müsse auf dem Gebiete der staatlichen Finanzpolitik zur Pflege der Kapitalbildung bald Durchgreifendes geschehen. Die ungenügende Kapitalbildung trete besonders bei den kurzfristigen Auslandsanleihen in Erscheinung. Sie betrügen etwa 7 Milliarden und würden dadurch gekennzeichnet, daß sie fast ausschließlich Bankschulden seien. Hier sei zweifellos ein Maximum erreicht, das unbedingt heruntergearbeitet werden müsse. Die deutschen Banken unterhielten demgegenüber eine sogenannte Liquidationsreserve von etwa 2 Milliarden Mark im Auslande, wozu noch der deutsche Besitz an ausländischen Wertpapieren zu rechnen sei. Diese Guthaben könne man aber

nicht als volkswirtschaftliche Geldreserve bezeichnen; sie seien vielmehr der Ausdruck eines tiefgreifenden Misstrauens gegen unsere Wirtschaft und Finanzgebarung. Nach Ansicht Kehls ist bei eventuellen Krisenzeiten mit einem Rückgriff auf diese Reserven nicht zu rechnen.

Es war bezeichnend, daß diese von einem prominenten Bankdirektor festgestellte Tatsache der Kapitalflucht mit lebhaftester Zustimmung bei den versammelten Industriellen begrüßt wurde. Selbstverständlich wandte sich Kehl auch gegen die Anleihepolitik der öffentlichen Hand. Er erklärte, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo die öffentliche Hand der privaten Wirtschaft einmal den Vortritt bei der Inanspruchnahme des Auslandes für die Kapitalbeschaffung lassen müsse. Die öffentliche Hand soll möglichst überhaupt keine Anleihen mehr aufnehmen, sondern ihren Kapitalbedarf dadurch decken, daß sie Teile ihrer Substanz abgibt. Für die weitere Entwicklung ihrer Wirtschaft sollen die öffentlichen Körperschaften den Aktienmarkt und nicht den Anleihenmarkt in Anspruch nehmen. Hier wird also ganz offen die Forderung ausgesprochen, daß Reich, Staat und insbesondere die Gemeinden ihre wirtschaftlichen Betriebe in Aktiengesellschaften umwandeln und einen großen Teil dieser Anteile an die Privatwirtschaft veräußern sollen! Also nicht Anleiheaufnahme, nicht weiterer Ausbau der öffentlichen Wirtschaft, sondern Entkommunalisierung wird hier gepredigt.

Als letzter Redner trat Herr Dr. August Weber-Berlin, ein „Führer“ der Textilindustrie, auf den Plan. Was er über Wirtschaftsdemokratie, über die Betriebe der Gewerkschaften, der Konsumvereine usw. zu sagen hatte, war so unerheblich und dabei so wirr, daß wir es uns ersparen können, darauf einzugehen. Man hat wohl selten Gelegenheit, eine so vollständige Sammlung alter Lachhüter beisammen zu sehen wie in dem Referat des Herrn Weber.

Die Arbeiterschaft weiß, daß die Demokratisierung der Wirtschaft erkämpft werden muß. Nach der Tagung des Reichsverbandes kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Unternehmer auch nicht einen Schritt freiwillig entgegenkommen, sondern im Gegenteil allerhöchsten Widerstand leisten werden. Die Folgerung daraus kann nur lauten: Verstärkt die Stoßkraft der Arbeiterklasse durch restlosen Zusammenschluß in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen! Karl Hauffe.

## Das Parlament der deutschen Städte

### I.

Im großen Festsaal des Palmengartens zu Frankfurt a. M. tagten am 27. und 28. September 1929 der Deutsche und Preussische Städtetag. Die Veranstaltungen des Städtetages finden von jeher größte Beachtung weit über den Kreis der Interessenten hinaus. Neben den Spitzen des kommunalen Lebens sowie Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft waren von der preussischen Staatsregierung die Minister Grzesinski und Höpker-Aschoff persönlich anwesend, während sich die Reichsminister Severing und Hilferding, welche durch politische Verhandlungen in Berlin zurückgehalten waren, durch ihre Referenten vertreten ließen. Nach einleitenden Worten des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, in welchen er seine Freude über die endlich erzielte Befreiung der Städte an Rhein und Mosel von der Besatzung Ausdruck verlieh, hielt er einen Vortrag über „Sinn und Form der Selbstverwaltung“. Gewaltige Änderungen hat die Selbstverwaltung im Laufe des letzten Jahrhunderts durchmachen müssen. Die Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat ist begleitet gewesen von einem schnellen Wachstum der deutschen Städte. Durch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, besonders im letzten Jahrzehnt, ist das Maß der Aufgaben der Städte außerordentlich gewachsen und stellt an die Vertreter der Selbstverwaltung die höchsten Anforderungen. Selbstverwaltung bedeutet Selbstverantwortung. Durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen wurde der Selbstverwaltung ein neuer Impuls zugeführt. Erst hierdurch konnte die Selbstverwaltung eine Verwaltung für das Volk und durch das Volk werden. Die Selbstverwaltung ist eben nur denkbar, wenn sie von dem Vertrauen aller Kreise der Bevölkerung getragen wird. Aktive Mitarbeit

der Bürger in der Gemeinde, verantwortungsbewusste Führung der Aufgaben der Gemeinde ist die Grundlage jeder lebendigen Selbstverwaltung.

Die Ausgestaltung der Städteverfassung gewinnt immer mehr aktuelle Bedeutung. Der Deutsche Städtetag hat deshalb einen Entwurf ausgearbeitet, in dem die Erfahrungen der Praxis berücksichtigt worden sind. Klare Abgrenzung der Verantwortlichkeit der städtischen Organe, praktische Verwaltungsvereinfachung sind die wesentlichen Ziele des Entwurfs der Reichsstädteordnung, dessen Inhalt, wie wir hoffen, auch die Grundlage für die Reformarbeiten in den Ländern bilden soll.

Die Drangsale und sozialen Nöte der Zeit spiegeln sich getreulich in den Gemeindefinanzen wider. Die Teillösungen beim Finanzausgleich brachten den Gemeinden als den politisch Schwächsten regelmäßig weitere Verschlechterungen ihrer finanziellen Lage. Eine systematische Neuregelung muß hier schnellstens erfolgen. Die Einkommensteuer, das Rückgrat jeder modernen Steuer- und Finanzpolitik, muß weiterhin Reich, Ländern und Gemeinden gemeinsam zustehen, wobei es Aufgabe des Reichs sein muß, die Abgrenzung des Anteils von Ländern und Gemeinden einheitlich und gerechter als bisher durchzuführen. Eine bewegliche, von eigener Verantwortung getragene Gemeindepolitik verlangt, daß die Gemeinde auch das Selbstbestimmungsrecht und damit die Verantwortlichkeit für die Bereitstellung der Einnahmen hat. Dr. Mulert fordert die Wiedereinführung des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer (welche bekanntlich von uns abgelehnt wird!). Durch Einführung des Zuschlagsrechts würde am besten der jetzt auf die Gewerbesteuer ausgeübte Druck erleichtert. Die Nachteile einer teilweisen Ueberspannung der Real-

steuern dürfen nicht zu der Forderung führen, sie ganz abzuschaffen. Wohnungsnot und Wohnungselend und die daraus den Gemeinden erwachsenden Aufgaben bedingen eine Festlegung der Hauszinssteuer auf längere Zeit. Auf die Getränkesteuer kann nicht verzichtet werden. Angesichts der Bedrängnis unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage ist hier eine Besteuerungsmöglichkeit gegeben, die noch mit am erträglichsten ist. Wenn gelegentlich die Höhe der Beiträge kritisiert wird, welche die kommunalen Werke zum städtischen Haushalt abliefern, so ist doch keine Möglichkeit gegeben, solange der Finanzausgleich die Gemeinden zu dieser Einnahmequelle zwingt, die Tarife herabzusetzen, so erwünscht dieses an und für sich auch wäre.

Die Unhaltbarkeit der Beratungsstelle für Auslandsanleihen ist durch die kürzlich veröffentlichte eingehende Untersuchung des Enqueteausschusses in ein helles Licht gerückt worden. Die allgemeine Finanzlage und die besonders schwierigen Verhältnisse der Städte haben in den letzten Jahren zu erheblicher Einschränkung auf dem Gebiet kommunaler Arbeit geführt.

Nach den Ausführungen Dr. Mulerts nahm das Wort der preussische Innenminister, Genosse Grzesinski. Dem inhaltsreichen Vortrag Dr. Mulerts könne er durchaus zustimmen. Insbesondere ist in diesen interessanten Ausführungen ein Gedanke, den er voll und ganz unterstreichen könne, nämlich der, der so stark die kommunale Gemeinschaft nach den verschiedensten Richtungen betont. Er dürfe für sich in Anspruch nehmen, daß er diesen Gedanken auch seinerseits in Wort und Tat stets vertreten habe. Die örtliche Gemeinschaft richtig abzugrenzen und mit frischem kommunalem Leben zu erfüllen, ist das Ziel der großen Eingemeindungen gewesen. In bestimmten Gebieten, wo tatsächlich durch die Macht der Verhältnisse eine Einheit der Lebensbedingungen entstanden war, mußte auch der Verwaltung eine Form gegeben werden, die eine einheitliche kommunale Versorgung der Bevölkerung unter gleichmäßigen Bedingungen ermöglicht. Das Ziel der dezentralisierten großstädtischen Verwaltung, die das Gesetz vom 31. Juli 1929 den Großstädten als eine Aufgabe der Selbstverwaltung überträgt, soll den Bürgern Gelegenheit geben, ausreichender als bisher an der Verwaltung der sie unmittelbar angehenden Angelegenheiten teilzunehmen.

Es ist unbedingt notwendig, daß städtische und ländliche Verwaltung so elastisch gestaltet werden, daß Stadt und Land — ein jeder Teil innerhalb seiner eigenen Verfassung — die höchstmögliche Wirksamkeit für die Förderung der Wohlfahrt seiner Bürger ausüben kann. Die Zurückstellung von Einzelinteressen gegenüber der Gesamtheit muß die Grundlage für jede kommunale Arbeit sein.

Das Verhältnis der Gemeinden zu Staat und Reich und auch ihr Verhältnis zur Wirtschaft wird einer Neuregelung unterzogen werden müssen im Rahmen zweier großer Aufgaben, die

die dringendsten Aufgaben der nächsten Zukunft sind; einer Verwaltungsreform und eines wirklichen Finanzausgleichs. Im Rahmen einer preussischen Verwaltungsreform werden gerade auch die großen Fragen geregelt werden müssen, die Herr Präsident Mulert in seinem Vortrag erwähnt hat, eine möglichst weite Ausgestaltung der Zuständigkeit der örtlichen Instanz in Form der kommunalen Selbstverwaltung. Selbstverständlich kann diese Dezentralisation nur erfolgen, solange das Interesse der Allgemeinheit dies zuläßt. Aufgabe des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden muß es daher sein, daß bei aller Anerkennung der Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit der öffentlichen Wirtschaft, die Einnahmequellen so verteilt werden, daß nicht eine von den dreien von vornherein benachteiligt wird.

In diesem Zusammenhang ein Wort noch zur Bestätigung der kommunalen Selbstverwaltung auf wirtschaftlichem Gebiet. Jedem Versuch, die wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit der Kommunen einzuengen, würde er scharf entgegenreten. Die Gemeinden haben das Recht auf wirtschaftliche Betätigung stets angesehen als einen Zweig der Selbstverwaltung und die Staatsregierung wird dafür eintreten, daß dieses Recht nicht verkümmert wird. Die grundsätzlichen Angriffe auf die kommunale Wirtschaft sind gänzlich ungerechtfertigt. Die kommunale Wirtschaft erfüllt ein öffentliches Bedürfnis. Sie hat das gleiche Recht wie die Privatwirtschaft, im Interesse ihrer Betriebe an den öffentlichen Kreditmarkt heranzutreten. Eine Belastung des Kreditmarktes kann schon deshalb nicht stattfinden, weil ja die Ausgaben der Kommunalbetriebe Lebensbedürfnisse der Bevölkerung erfüllen, die bei Nichtbestehen der kommunalen Wirtschaft von der Privatwirtschaft übernommen werden müßten. Es muß also für die Unternehmungen, die wesentlich im öffentlichen Interesse arbeiten, das gleiche Recht gelten.

Zum Schluß äußerte sich der Redner kurz zu den kommenden Neuwahlen. Im Wahlkampf werden sich die einzelnen Parteien angreifen. Man soll dabei aber nie vergessen, daß nach der Wahl wieder zusammen am gemeinsamen Ziel gearbeitet werden muß, dem alle zur positiven Mitarbeit berufenen Kräfte zu dienen haben, nämlich dem Wohl der Gemeinschaft und damit auch dem Wohl des ganzen Volkes.

An das Mulertsche Referat schloß sich eine anregende Diskussion an. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Vertreter der Sozialdemokratie, daß seine Freunde nach wie vor darin einig seien, das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer für die Gemeinden abzulehnen.

Am folgenden Tage sprach der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jares über das Thema „Die Bedeutung der gemeindlichen Unternehmungen im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft“.

J. Orlopp.

## Reorganisation der technischen Bühnenbetriebe der vereinigten Stadttheater in Köln

Der Theaterbetrieb in Köln brauchte in den letzten Jahren erhebliche Zuschüsse, und es ist an sich erklärlich, daß Mittel und Wege gesucht wurden, um Ersparnisse herbeizuführen. Die Verwaltung hat aus diesem Grunde den Betriebsdirektor Rosenberg und den Verwaltungsdirektor Molitor auf die Reise geschickt, um sich verschiedene große Theater anzusehen und dann der Verwaltung Sparvorschläge zu unterbreiten. Interessant ist, daß nun diese beiden Herren vielfach zu voneinander abweichenden Auffassungen kommen, aber darin einig sind, daß eine Reduzierung der Arbeiterzahl, unter anderem durch anderweitige Gliederung und Verteilung der bühnentechnischen Arbeiten, herbeizuführen sei und alle für den Bühnenbetrieb unbrauchbar gewordenen Arbeitskräfte ausgemerzt werden sollen. Es muß daher begrüßt werden, daß unter Führung des Kollegen Lengersdorff eine Kommission dieselbe Reise unternommen hat, an der je ein Kollege des Betriebsrats vom Schauspiel- und vom Opernhaus teilnahmen, um die Angaben der Direktoren zu prüfen. Es zeigt sich nun auch hier wieder, daß es richtiger gewesen wäre, wenn die Stadtverwaltung in paritätischer Weise Betriebsräte mit auf die Reise geschickt hätte. Die Kommission weist nun in einer Gegendenkschrift eine Reihe von Widersprüchen mit der Auffassung der beiden Direktoren nach und stellt zum Schluß folgende Forderungen auf:

1. Beibehaltung des jetzigen Sollbestandes an Arbeitskräften. Für drei erkrankte bzw. unfallverletzte Arbeiter zwei Aushilfsarbeiter. Auswechslung älterer Kollegen gegen jüngere nur in ihrem Einverständnis.

2. Früherer Beginn der ersten Schicht (6½ Uhr) nur dann, wenn diese Schicht durchgehend arbeitet und nicht zur Abendvorstellung herangezogen wird. In diesem Falle wird das Wiesbadener System empfohlen. Möglichst Festlegung der Arbeitspausen. Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit, wie das bei allen besuchten Bühnen der Fall ist. Aufstellung des Arbeitsplanes jeweils unter Einziehung des Betriebsratsvorsitzenden bzw. seines Stellvertreters. Lieferung von Arbeitskleidung für das Personal der Bühnen.

3. Das Personal der Werkstätten soll möglichst nur in seinem Handwerk beschäftigt und nur in dringenden Fällen zum Bühnendienst herangezogen werden. Das Personal der elektrischen Zentralen (Heizung, Kompression) darf mit Rücksicht auf die Betriebssicherheit nicht im Bühnendienst verwendet werden; ausgenommen bleiben Arbeitsvorgänge auf der Bühne, die mit den Dienstvorrichtungen dieses Personals unmittelbar verknüpft sind.

4. Überprüfung der Unfallvorschriften für den Bühnenbetrieb. Anschaffung eines mit ausreichenden Verbandstoffen ausgestatteten Sanitätszimmers. Heranbildung einzelner Kollegen zum Sanitätsdienst, die für diese Funktion besonders geeignet sind.

5. Bessere Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung. Stärkere Heranziehung des Betriebsrats bei allen Personalfragen berührenden Angelegenheiten. Mitwirkung des Betriebsrats bei Aenderung von Arbeitsmethoden und der Organisation des Bühnenbetriebes.

6. Technische Verbesserung der Bühneneinrichtung. Den von der Verwaltung gemachten Vorschlägen tritt der Betriebsrat bei, er warnt jedoch nachdrücklich vor dem Gedanken, daß diese technischen Aenderungen eine weitere Einschränkung des Arbeiterpersonals ermöglichen. Die räumliche Ausdehnung des Bühnenbetriebes und die Verbesserung seiner technischen

Einrichtungen werden naturgemäß neue, große Aufgaben an das Personal stellen. Anpassung der zahlenmäßigen Stärke des Vorgesetztenapparates an den Istzustand der Belegschaft. Möglichst unauffällige Anweisungen während des Arbeitsvorganges. Förderung der Selbständigkeit des einzelnen Arbeiters und dadurch Steigerung der Arbeitsfreude.

7. Größere Vollmachten für den technischen Leiter (siehe untenstehende Ausführungen zu: „Die Leitung des Bühnenbetriebes“).

Interessant ist, daß die beiden Direktoren zum Schluß selbst uneins geworden sind. Der technische Direktor Rosenberg als Fachmann gibt zu, daß das technische Personal bei den Kölner Theatern prozentual geringer ist als bei den anderen Vergleichstheatern. Jedoch mit Rücksicht auf die ungünstige Lage der Theater ist auch er mit einem weiteren Abbau von fünf Meistern und zwei Arbeitern einverstanden. Außerdem verlangt er technische Umänderungen, deren Kosten sich auf 400 000 Mk. belaufen. Nach diesem Umbau würden wieder ein Meister und zwölf Arbeiter überzählig. Verwaltungsdirektor Molitor betont dagegen, daß die Umbauten mindestens 600 000 Mk. kosten würden, und verlangt außer der Ausmerzungen unbrauchbarer Arbeiter den Abbau von elf Meistern und zwölf Arbeitern. Außerdem macht dieser Herr noch technische Vorschläge, die zum Teil auch von unseren Kollegen anerkannt werden.

Hierher gehört nun das Kapitel: „Die Leitung des Bühnenbetriebes“ aus der obengenannten Gegendenschrift, das wir nachstehend auszugsweise wiedergeben:

„Die Bestrebungen, die Zuschauwirtschaft der deutschen Bühnen abzubauen, finden ihre größten Schwierigkeiten in der Leitung des Bühnenbetriebes. Künstlerischer und technischer Leiter stehen — und das ganz besonders in Köln — in einem Verhältnis zueinander, das jeden ernsthaften Versuch, in der Zeit größter Finanzschwierigkeiten auch im Theaterbetrieb wirtschaftlich zu arbeiten, im Keime ersticken muß. Der künstlerische Leiter, dem in der Regel der gesamte Theaterbetrieb untersteht, betrachtet den technischen Leiter als seinen Untergebenen, der seinen Anweisungen zu folgen hat. Unsere künstlerischen Theaterleiter sind zumeist Männer, die ausschließlich eine künstlerische Vorbildung haben und denen eine gründliche Kenntnis des technischen Betriebes durchaus mangelt. Es sollte in der gegenwärtigen Zeit für jeden künstlerischen Direktor eine Selbstverständlichkeit sein, den technischen Betrieb seines Theaters zu studieren, um seine künstlerischen Anordnungen auf die vorhandenen technischen Möglichkeiten aufzubauen. Es gibt nur wenige Theater in Deutschland, wo das Verhältnis zwischen künstlerischer und technischer Leitung eine Lösung gefunden hat, die allen berechtigten Ansprüchen nach wirtschaftlicher Betriebsführung gerecht werden kann. Wir haben auf unserer Rundreise eine Stadt angetroffen, die den technischen Direktor ihres Theaters dem künstlerischen Leiter gleichgestellt hat. An anderen Bühnen konnten wir die Feststellung machen, daß dem technischen Leiter eine viel weitgehendere Stellung eingeräumt worden ist, als das bei den Kölner Bühnen der Fall ist.

Die wirtschaftliche Belastung des Theaterbetriebes aus diesen Schwierigkeiten entsteht im allgemeinen dadurch, daß der Bühnenbildner, der vor eine Aufgabe gestellt wird, versucht, seinen Ideenreichtum und seine starke Phantasie in diesem Werk zum Ausdruck zu bringen. Ist der technische Leiter lediglich sein Untergebener, der seinen Anordnungen zu folgen hat, so wird der Künstler ohne jede Hemmung seine Ideen in die Tat umsetzen. Was die Geschichte kostet, ist eine Angelegenheit, die in solchen Fällen immer erst in zweiter Linie behandelt wird. Der technische Leiter wird ein Spielball in den Händen des Regisseurs. Bühnenbilder werden entworfen, unter viel Aufwand an Material und Arbeitskraft in den Werkstätten hergestellt. Zumeist liegt zwischen der Fertigstellung der Entwürfe durch den Bühnenbildner und dem Tag der Aufführung eine so kurze Spanne Zeit, daß die Werkstätten nur durch eine maßlose Ueberstundenwirtschaft die Dekorationsteile fertigstellen können und dem Bühnenbetrieb kaum Zeit genug verbleibt, die für die Aufführung notwendige Dekorationsprobe vorzunehmen. Die Dekoration kommt zur Bühne, das Bild wird gesetzt, und nun beginnt das Experimentieren. Dekorationsteile, die eben neu hergestellt waren, müssen vollkommen geändert werden, einzelne Teile der neuen Dekoration werden sehr oft sofort wieder ausrangiert, weil der Regisseur inzwischen wieder eine andere Idee bekommen hat. Es ist sogar an den Kölner Bühnen vorgekommen, daß ein frisch von den Werkstätten gekommenes Bühnenbild vollständig von demselben Regisseur, der es entworfen hat, abgelehnt wurde und seit dieser Zeit in irgendeinem versteckten Magazinschuppen, ohne jemals Verwendung gefunden zu haben, gelagert wurde.

Nicht nur hinsichtlich der Dekorationsteile wird unwirtschaftlich gearbeitet. Noch viel stärker belastet die unzuweckmäßige

Verwendung von Arbeitskräften den Theaterhaushalt. Wie oft werden durch unzuweckmäßige Einteilung des Spiel- und Probenplanes Verschiebungen der Arbeitszeit und die Verrichtungen von Ueberstunden notwendig. Nicht selten kommt es vor, daß Aufbauten, die für Probezwecke gemacht wurden, ohne daß sie Verwendung fanden, wieder abgerissen wurden.

Der Bühnenbildner muß seine Entwürfe und Neuausstattungen auf die vorhandenen bühnentechnischen Hilfsmittel aufbauen. Gegenwärtig wird es entgegengesetzt gemacht. Der Bühnenbildner entwirft ohne Rücksicht auf die Bühneneinrichtung, und so kommt es vor, daß der Bühnenbetrieb vor Aufgaben gestellt wird, die nicht zu bewältigen sind, oder aber die, wenn sie bewältigt werden, zu einer schrankenlosen Ausnutzung der Arbeitskräfte führen.

Es darf weiter nicht außer acht gelassen werden, daß der technische Leiter vor dem Gesetz verantwortlich ist für alle Vorfälle im technischen Betrieb. Die große Zahl der Unfälle in den letzten Jahren sollte mit Veranlassung sein, dem technischen Leiter weitgehendere Vollmachten zu übertragen, damit er im Bewußtsein der dadurch ihm übertragenen Verantwortung die restlose Durchführung der Unfallverhütungsbestimmungen überwachen kann.

Die Kommission hat Theater besucht, die den technischen Betrieb versuchen wirtschaftlich zu gestalten. Die Entstehung einer Neuausstattung geht dort folgenden Weg: Nach dem Entschluß, irgendein Werk neu auszustatten, setzen sich künstlerischer Leiter, technischer Leiter und Verwaltungsdirektor zusammen und setzen einen Kostenschlag für die Neuausstattung fest. Der Bühnenbildner entwirft die Ausstattung nach vorheriger Rücksprache mit dem technischen Direktor. Ist der Entwurf der Bühnenbilder fertiggestellt und an den technischen Direktor gelangt, so werden die Dekorationsteile in den Werkstätten hergerichtet. Die Bühnenbildner sind in den meisten Fällen verpflichtet, bis zu einem gewissen Zeitpunkt ihre Entwürfe dem technischen Leiter zuzustellen, damit genügend Zeit für die Herstellung der Dekorationsstücke und die notwendigen Dekorationsproben verbleibt. Was nun an dem Bühnenbild als Kulisse oder als Plastik hergestellt wird, entscheidet selbständig der technische Direktor, immer im Rahmen der ihm zur Verfügung gestellten Mittel. Das Bild wird fertig und auf die Bühne gebracht. Nun finden die ersten Dekorationsproben statt. Der Regisseur hat den Wunsch, hier und da den Dekorationsteilen eine andere Farbe zu geben. Kostet es nicht viel, so wird in der Regel, natürlich immer nur, sofern noch Mittel dazu vorhanden sind, dem stattgegeben. Der Regisseur jedoch einschneidende Umänderungen des fertiggestellten Bühnenbildes, so lehnt der technische Direktor, sofern diese Arbeiten besondere Mittel erfordern, solche Umänderungen ab und verweist den Regisseur an den Theaterintendanten. Bei den Kosten solcher Änderungen spielt für den technischen Direktor nicht nur der Materialverbrauch eine Rolle, sondern in viel stärkerem Maße die zu verwendende Arbeitszeit, umgerechnet in Arbeitslohn. Uns wurde an einem Theater mitgeteilt, daß der technische Direktor einmal durch zu starkes Nachgeben gegenüber dem Regisseur seinen Kostenschlag um einige hundert Mark überschritten hatte. Versuche des technischen Direktors bei seinem Intendanten um Nachbewilligung dieser Summe wurden abgeschlagen mit dem Bescheid, daß er bei den nächsten Neuausstattungen diesen Betrag einsparen müsse. Für Köln wirft sich in diesem Zusammenhang eine weitere bedeutsame Frage auf: Die Stellung des Verwaltungsdirektors. Die Stelle wurde seinerzeit geschaffen mit der ausdrücklichen Absicht, eine wirtschaftlichere Verwaltung bei den städtischen Bühnen durchzuführen. Die Kommission hat auf ihrer Reise festgestellt, daß vielerorts solche Verwaltungsdirektionen bestehen, jedoch mit verschiedenem Aufgabengebiet. Zumeist waren die Vollmachten des Verwaltungsdirektors ausschließlich verwaltungstechnischer Art. Die Vollmachten des Kölner Verwaltungsdirektors gehen wesentlich weiter als die aller anderen angetroffenen gleichartigen Stellen. Die Kommission möchte sich mit dieser Feststellung kein Urteil über die Bedeutung dieser Stelle erlauben. Gern soll anerkannt werden, daß die bei Schaffung dieser Stelle im Personal entstandene Befürchtung einer Vergrößerung des Verwaltungsapparates auf Kosten des technischen Personals nicht Wirklichkeit geworden ist. Immerhin scheint die Uebertragung der Arbeiterangelegenheiten von dem Betriebsdirektor auf den Verwaltungsdirektor keine Vereinfachung, sondern eine Erschwerung des Geschäftsganges gebracht zu haben. Der technische Direktor, der unmittelbar mit dem Personal zusammenarbeiten soll, ist eigentlich die berufene Stelle für die Behandlung der Arbeiterwünsche. Dabei muß jedoch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Persönlichkeit des technischen Direktors die Gewähr geben muß, diese Aufgaben reibungslos zu erfüllen

# Unser Kassenabschluß für das 1. Halbjahr 1929

Nachstehend geben wir die Abrechnung für das zweite Vierteljahr 1929 und gleichzeitig einen Ueberblick über die finanzielle Auswirkung im ersten Halbjahr 1929.

Am Schluß des ersten Vierteljahres 1929 waren 264 135 buchmäßige Mitglieder zu verzeichnen, denen am Schluß des zweiten Vierteljahres 1929 270 770 gegenüberstanden. Das ist eine Zunahme von 6635 Mitgliedern oder 2,6 Proz. Am Schluß des ersten Vierteljahres 1929 hatten wir 241 075 zahlende Mitglieder und am Ende des zweiten Vierteljahres 244 937, also eine Steigerung von 3862 Mitgliedern oder 1,6 Proz. Im ersten Vierteljahr 1929 betrug die Zahl der zahlenden gegenüber den buchmäßigen Mitgliedern 91,3 Proz. und im zweiten Vierteljahr 1929 90,5 Proz. Hier wirkt sich die besonders durch die Witterungsunbilden hervorgerufene Arbeitslosigkeit zu Beginn des zweiten Vierteljahres aus. Der im ersten Vierteljahr 1929 durchschnittliche pro Kopf- und Wochenbeitrag von 76 Pf. steigerte sich im zweiten Vierteljahr 1929 auf 77 Pf. Unter Fortlassung unserer 12 112 Pensionäre (4,4 Proz. der Gesamtmitgliedschaft, die einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. zahlen), stellt sich der wöchentliche Durchschnittsbeitrag pro Kopf auf 80,3 Pf.

Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen betragen im zweiten Vierteljahr 1 525 409,67 Mk., das sind gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 18 456,65 Mk. mehr. Die Einnahmen aus Eintrittsgebühren betragen 12 611,80 Mk., also 3 271,70 Mk. mehr als im ersten Vierteljahr 1929. Daß die Einnahme aus Zinsen geringer ist als in den vorhergehenden Vierteljahren, ist bei der verschiedenartigen Zinsgutschriftsart der Banken zu erklären. Der Ausgleich erfolgt periodisch. Der Einnahmeposten „Zurückgezahlte Vorschüsse“ im Betrage von 1 292,28 Mk. ist keine eigentliche Einnahme, sondern stellt den Betrag dar, den die Hauptkasse im Laufe des Vierteljahres auf Antrag den Filialen zur Auszahlung der statutarischen Unterstützung geleistet hat. Dieser fließt hier wieder in die Hauptkasse zurück. Auch die Beiträge zur Unterstützungsvereinigung sind keine Einnahme im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern durchlaufende Posten. Ebenso stellt der Betrag „Vermögensverwaltung“ für die Hauptkasse nur einen durchlaufenden Posten dar. Der Uebersicht halber muß er an dieser Stelle in Erscheinung treten. Die Einnahme für „Bücher und Schriften“ ist ebenfalls ein Posten, der an anderer Stelle von der Hauptkasse gezahlt wurde und nun nach Eingang des Geldes aus unseren Kollegenkreisen als Einnahme erscheinen muß. Dasselbe gilt für die Position „Kalender“.

Für Rechtschutz wurden 16 355,07 Mk. verwandt, also 6 482,17 Mk. mehr als im ersten Vierteljahr 1929. Die Arbeitslosenunterstützung mit 35 219,11 Mk. hat gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 eine Senkung von 97 555,88 Mk. erfahren. Trotzdem ist sie noch wesentlich höher als im zweiten Vierteljahr 1928.

An Krankenunterstützung wurden 236 884,44 Mk. gezahlt. Auch diese Unterstützungsart erforderte gegenüber dem Vorquartal eine geringere Ausgabe von 245 905,42 Mk. Damals betrug sie 482 789,86 Mk. Erklärlich durch den strengen Winter. Das Sterbegeld mit 66 956,10 Mk. stellt eine um 25 282,25 Mk. geringere Ausgabe dar als im vorhergehenden Vierteljahr.

Die Position „Agitation und Lohnbewegung durch die Gaubureaus und das Hauptbureau“ hält sich in den üblichen Grenzen. Unser Stellennachweis, der hauptsächlich für die im Pflegedienst stehende Kollegenschaft Anwendung findet, hat eine Ausgabe von 31 571,15 Mk., also 3 911,15 Mk. mehr als im ersten Vierteljahr 1929 erfordert. Die Ausgabe „Teilnahme an Konferenzen“ mit 79 558,25 Mk. ist durch die Tatsache erklärlich, daß im zweiten Vierteljahr 1929 die Zahl der Konferenzen und der Teilnehmer gestiegen ist.

Der Posten „Beitrag an den ADGB., an den ADB. und Internationale“ ist eine laufende Verpflichtung, die sich entsprechend

der Beitragshöhe und des Tages der Zahlung in den einzelnen Vierteljahren erhöht oder auch eine Senkung erfährt. An die Internationale ist der Beitrag für das Jahr 1929 vollständig abgeführt. Unsere Gewerkschaftspresse tritt mit einer Ausgabe von 222 971,65 Mk. in Erscheinung. In diesem Fall ist nur eine scheinbare Steigerung gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 vorhanden. Die Mehrausgabe gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 ergibt sich aus der Tatsache, daß die Nummer 12 und 13 der „Gewerkschaft“ sowie die letzte Nummer der „Sani“ und der „Beamten-Gewerkschaft“ vom ersten Vierteljahr 1929 innerhalb des zweiten Vierteljahres 1929 bezahlt wurden, weil die Rechnungen verspätet eingingen. Außerdem wurde die Nummer 27 der „Gewerkschaft“, die eigentlich in das dritte Vierteljahr 1929 gehört, ebenfalls im zweiten Vierteljahr 1929 bezahlt.

Die Ausgaben für die drei folgenden Posten: Unterrichtskurse, Literatur, Bücher und Schriften halten sich in den üblichen Grenzen. Die Instandhaltung des Inventars erfordert mit 12 264,65 Mk. gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 2 262,25 Mk. mehr. Die Beträge „Vorschüsse an die Filialen“, „An die Vermögensverwaltung“ und „An die Unterstützungs-Vereinigung“ sind durchlaufende Posten, die in jedem Vierteljahr auch unter Ausgabe in Erscheinung treten müssen. Die Ausgaben für persönliche und sachliche Verwaltungskosten sind gegenüber dem Vorquartal keiner wesentlichen Aenderung unterworfen.

Unter Fortfall der beiden Posten „Vorschüsse an die Filialen“ und „An die Vermögensverwaltung“ sowie des verbliebenen Bestandes ergibt ein Vergleich zwischen dem Geschäftsjahr 1928 und dem ersten Halbjahr 1929 folgendes Bild:

Die Gesamteinnahme im Jahre 1928 betrug 5 666 245,10 Mk., dagegen im ersten Halbjahr 1929 3 185 864,25 Mk. Die Ausgabe im Geschäftsjahr 1928 unter Fortfall der oben bezeichneten Posten betrug 4 201 186,27 Mk., die Ausgabe für das erste Halbjahr 1929 2 624 565,04 Mk. Gesamteinnahme und -ausgabe für das erste Halbjahr 1929 ist mit dem verbleibenden Vermögensnachweis in der Gesamtaufstellung enthalten. Zu beachten ist, daß der Vermögensbestand in der Hauptkasse zur Zeit dieser Veröffentlichung in der angegebenen Höhe nicht bar vorhanden ist, sondern zum Teil in Belegen in Höhe der laufenden Ausgaben für das dritte Vierteljahr 1929.

Die Kassenbestände der Filialen mit 2 056 723,49 Mk., der Kassenbestand der Hauptkasse mit 1 293 948,84 Mk. sowie der Wertbesitz der Vermögensverwaltung mit 5 555 651,35 Mk. ergeben ein Gesamtvermögen von 8 906 323,68 Mk. Da am Schluß des Vorjahres das Gesamtvermögen der drei aufgeführten Kassen 8 098 468,93 Mk. betrug, ist eine Steigerung des Gesamtvermögens am Schluß des ersten Halbjahres 1929 von 807 854,75 Mk. zu verzeichnen.

Das Vermögen pro Mitglied stellte sich am Schluß des Jahres 1928 auf 32,70 Mk. und beträgt am Schluß des ersten Halbjahres 1929 36,36 Mk.

## Mitgliederbewegung für das 4. Quartal 1928, 1. und 2. Quartal 1929

	Buchmäßige Mitglieder				Zahlende Mitglieder				Zahlende Mitglieder in Proz. der buchmäßigen	
	Beginn des Quartals	Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme	Beginn des Quartals	Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme		
4. Quartal 1928	251 242	257 933	6 691	—	233 160	247 629	14 469	—	93,00	
1. Quartal 1929	257 933	264 135	6 202	—	247 629	241 075	—	6 534	91,27	
2. Quartal 1929	264 135	270 770	6 635	—	241 075	244 937	3 862	—	90,46	
	Gesamtzunahme 19 528 Mitglieder = 7,77 Prozent				Gesamtzunahme 11 777 Mitglieder = 5,05 Prozent					Im Durchschnitt 92,58 Proz.

**Einnahmen und Ausgaben**

Gaufende Nr.	Wirtschaftsbezirke bzw. Gaue	Zahl der Mitglieder				Einnahmen													
		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger	Bestand bei der letzten Abrechnung		Eintrittsgebühren		Beiträge		Extra Steuern		Sonstige Einnahmen		Vorfuß der Hauptkasse		Summe der Einnahmen	
						M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S
1	Baden	8980	8901	79	—	58156	48	214	70	91749	80	7648	30	1036	57	—	—	158805	85
2	Karlsruhe	1026	1021	5	—	9282	15	78	—	8593	40	646	05	60	95	250	—	18910	55
3	Bayern	10174	9971	203	—	94540	95	400	—	79779	05	4699	80	418	38	400	—	180238	13
4	München	7395	7175	220	—	63883	40	305	30	71881	70	3074	20	1737	46	133	—	140905	06
5	Nürnberg	9855	9422	433	—	33746	87	575	30	69811	25	3260	50	510	99	309	28	108214	19
6	Brandenburg	41277	40061	1196	—	399667	04	2237	50	431623	95	—	—	3170	93	—	836699	42	
7	Groß-Berlin	27897	27594	103	—	441704	68	1313	50	334093	45	1762	10	4107	34	—	782981	07	
8	Hamburg	7899	7594	305	—	33420	07	360	10	61314	55	2026	20	928	14	—	98049	06	
9	Hannover	4140	3996	144	—	12521	59	161	—	30806	95	1910	10	297	27	50	—	45746	91
10	Mitteldeutschland	10108	9797	311	—	30744	73	297	70	76648	15	10343	85	608	54	—	—	118642	97
11	Salzstadt	6761	6522	239	—	41542	55	387	60	60639	80	8952	80	170	48	—	—	111693	23
12	Magdeburg	3500	3308	192	—	10286	18	151	—	25420	05	2779	10	111	53	—	—	38647	86
13	Nordweil	4787	4624	163	—	26341	68	220	10	40490	55	2899	90	978	92	—	—	70931	15
14	Bremen	13043	12623	420	—	31954	36	642	60	86764	50	3324	95	2055	04	—	—	124741	45
15	Westfalen	1858	1869	—	11	4230	39	50	50	12461	65	684	45	17	49	50	—	17494	48
16	Wesfalen	4230	4108	122	—	902	72	213	50	29743	10	3293	83	899	13	—	—	43172	30
17	Schleswig-Holstein	10370	10696	274	—	49631	22	614	50	96719	20	7087	70	582	71	—	—	15463	33
18	Ostpreußen	19172	18701	471	—	141163	67	852	10	168940	85	15711	15	9761	87	—	—	336429	64
19	Vommern	3916	3947	—	31	18922	51	82	20	33829	70	2059	50	830	20	—	—	55724	11
20	Rheinland	13087	13471	216	—	98395	85	653	30	114796	—	6148	40	2463	58	—	—	222457	13
21	Rhein-Main	8325	8145	180	—	33149	15	258	20	67791	50	5707	25	122	04	—	—	107028	14
22	Rheinpfalz-Saarland	7864	7640	224	—	52325	24	349	60	77766	05	5185	55	1776	10	—	—	137403	04
23	Sachsen	13958	13497	461	—	63052	14	664	60	110315	70	7745	95	4895	61	—	—	187274	—
24	Dresden	6698	6553	140	—	23193	54	288	—	51297	35	4343	55	546	59	—	—	79614	03
25	Leipzig	16524	16075	449	—	84428	81	938	30	136467	15	15651	35	3634	15	100	—	240239	76
26	Hüttingen	6810	6645	165	—	56634	51	289	10	60966	75	727	35	997	82	—	—	124735	53
27	Wittenberg	116	154	—	38	—	—	13	50	618	—	—	—	—	—	—	—	631	50
	Einzelmitglieder	116	154	—	38	—	—	13	50	618	—	—	—	—	—	—	—	631	50
	Im 2. Quartal 1929	270770	264135	6715	80	1921512	48	12611	80	2436350	15	127678	90	42720	33	1292	28	4542165	94
	Im 1. Quartal 1929	264135	257933	6210	8	1810167	95	9340	10	2380762	70	123207	95	44770	58	15239	34	4383488	62

**Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben**

1. Quartal	264135	257933	6202	—	—	—	9340	10	2380762	70	123207	95	44770	58	15239	34	2573320	67		
2. Quartal	270770	264135	6635	—	—	—	12611	80	2436350	15	127678	90	42720	33	1292	28	2020653	46		
Summa	—	—	12837	—	—	—	21951	90	4817112	85	250886	85	87490	91	16531	62	5193974	13		
																		1810167	95	
																			7004142	08

Hierzu der Massenbestand vom 31. Dezember 1928

**Bilanz der Vermögensverwaltung per 1. Juli 1929**

Die letzte Bilanz der Vermögensverwaltung wurde laut Geschäftsbericht 1928 am 31. Dezember 1928 aufgestellt. In der Zeit bis zum 30. Juni 1929 sind Änderungen eingetreten, die nachstehend kurz erläutert werden sollen.

Auf der Aktivseite stehen die Bankkonten mit 885 672,94 Mk. Das Aktienkapital der Arbeiterbank erhöhte sich um 300 000 Mk., bei den „Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen des ADB.“ um 5000 Mk. und bei den Lindcar-Fahrradwerken um 100 000 Mk. Dazu kommen die neu angekauften Effekten, die zum Nennwert angeführt sind, und zwar:

- 50 000 Mk. 8prozentige Anleihe der Stadt Aachen,
- 55 000 Mk. 8prozentige Norddeutsche Grundcreditbank, G. K. O.,
- 150 000 Mk. 8prozentige Hann. Boden-Creditbank, Goldpfandbriefe,
- 150 000 Mk. 8prozentige Hann. Gold Komm. Obl.,

so daß sich unser Effektenbestand auf 2 656 816,90 Mk. beläuft.

Das Darlehenkonto hat durch neu hinzugekommene Darlehen

a conto Ferienheim . . . . .	100 000 Mk.
Sonstige Darlehen . . . . .	420 000 Mk.
	<u>520 000 Mk.</u>
davon ab Rückzahlungen . . . . .	23 500 Mk.
eine Steigerung von . . . . .	496 500 Mk.

erfahren.

Das Hypothekenkonto zeigt eine Erhöhung von 222 000 Mk. Davon entfallen 122 000 Mk. an die Mitteldeutsche Wohnungsfürsorge-Gesellschaft Leipzig und der Rest auf den Großsiedlungsverein Stuttgart. Von dem als Organisationsfonds bezeichneten Betrag von 40 000 Mk. entfallen 30 000 Mk. a conto Aktien-

Fahrradwerke. Das Immobilienkonto weist eine Erhöhung von 193 813 Mk. auf. Darin ist ein Teil der Neubaukosten Weißensee enthalten, desgleichen Erfurt und Karlsruhe. Das Grundstück in Karlsruhe, Leßingstraße 3, ist inzwischen verkauft, steht aber noch mit 68 000 Mk. zu Buch. Das ist der Ankaufsbetrag. Die entsprechenden Verkaufswerte erscheinen nach völliger Erledigung in der nächsten Bilanz.

Passiva. An Zinsen und Dividenden sind der Vermögensverwaltung 550 657,49 Mk. zugeflossen.

Der Vermögensbestand setzt sich zusammen aus den Ueberschüssen der Hauptkasse

- |                              |                         |
|------------------------------|-------------------------|
| bis zum Jahre 1927 . . . . . | 3 353 180,52 Mk.        |
| im Jahre 1928 . . . . .      | 1 234 372,19 Mk.        |
| im Jahre 1929 . . . . .      | <u>1 243 681,71 Mk.</u> |
| insgesamt . . . . .          | 5 831 234,42 Mk.        |

Hiervon sind die an die Hauptkasse zurückgezählten und dort unter Einnahme verbuchten Beträge abzuziehen. Es waren dies, wie aus den Abrechnungen der Hauptkasse ersichtlich,

- |                              |                      |
|------------------------------|----------------------|
| bis zum Jahre 1927 . . . . . | 125 294,50 Mk.       |
| im Jahre 1928 . . . . .      | 85 212,61 Mk.        |
| im Halbjahr 1929 . . . . .   | <u>65 076,16 Mk.</u> |
| insgesamt . . . . .          | 275 583,07 Mk.       |

so daß nach Abzug dieser Summe von der Hauptkasse insgesamt 5 555 651,35 Mk. überwiesen wurden.

Das Häuserertragskonto weist einen Ueberschuß von 17 306,95 Mark auf.

im 2. Quartal 1929

Ausgaben															Mit Kosten der Hauptkasse wurden bezahlt						Verwaltungsausschuss	summierte St.
Verwaltung	Agitation	Bahnbewegung	Arbeitslohenunterstützung	Krankentätigkeit	Sonst. Unterst.	Kartell- u. Sekretariatsbeiträge	Bildungsmittel	Sonst. Ausgaben	Zurückgebl. Vorst.	An die Hauptkasse gefandt	Summe der Ausgaben	bleibt Bestand	Arbeitslohenunterstützung	Krankentätigkeit	Sterbeunterstützung	Gewerkschaftenunterstützung	Streitunterstützung	Verwaltungsausschuss				
29388 09	1574 37	407 75	40 20	186 20	131	2052 59	2706 60	3256 32	—	56391 47	96224 59	62581 26	1010 20	10088 70	1471 50	—	—	—	0174 98	1		
2093 50	148 59	20 17	14	89 90	87	144 15	126 05	346 01	250	6183 59	9482 90	9427 59	20 25	655 05	242 30	295 75	—	—	853 93	2		
23016 79	357 20	476 40	43 40	183	247 10	2338 66	1044 08	3864 45	400	50304 20	82275 28	97962 90	1649 45	7520 70	3017	—	—	—	7977 63	3		
16 58 57	1256 55	190 70	106 50	342	273 10	2056 82	831 09	4951 70	133	47191 98	73392 61	67572 45	60 45	6845 21	3502 25	—	133 75	—	6829 78	4		
16043 89	1008 19	144 08	18 45	326 75	439 90	2062 61	665 23	1477 08	309 28	49036 10	71601 56	36612 63	1524 95	4570 10	1429 50	105 40	—	—	6 34 15	5		
95264 34	32001 77	5040 80	—	—	3093 73	5677 80	11390 92	517 95	—	261211 85	414199 17	422500 25	3290 8	43597	8876	—	115 30	—	43162 40	6		
70795 68	8419 34	466 65	1134 70	6477 75	5443 73	4726 15	2183 16	1917 47	—	201726 18	303290 83	479690 24	3660	37420 40	9836 25	—	393 85	—	33409 34	7		
16541 39	1632 75	565 80	85 95	296 65	371 10	1349 53	376 87	1234 63	—	40620 93	63075 60	34973 46	1459 18	5709 95	1880 25	—	—	—	502 14	8		
8 11 11	836 83	79 93	193 85	290 05	276 90	718 12	314 41	636 16	50	19991 90	31790 26	13947 65	493 45	2293 50	891 25	—	—	—	3080 49	9		
25 77 46	3960 06	470 60	156 65	129 95	247 50	1786 04	1637 26	2329	—	47712 15	83606 67	35030 30	1561 59	6918 93	2775 25	—	76 95	—	7664 47	10		
21723 62	2745 50	1072 24	83 05	195 10	384 80	1444 15	653 89	3596 85	—	37858 94	69758 14	41935 09	1740 55	5174 65	943 25	—	—	—	5900 78	11		
569 2 04	772 05	165 89	12 40	67 50	383 10	622 34	351 56	979 92	—	1744 67	29483 97	12158 89	630 55	2092 50	132 50	—	94 41	—	2431 53	12		
10506 68	1213 24	249 73	296 60	63 10	502 65	1501 28	567 66	992 28	—	28265 75	44158 97	26772 18	1187 55	3 71 8	931	—	18 25	—	3949 40	13		
24616 46	2864 37	190 96	24 55	49 10	404 10	3995 70	1253 75	—	—	55734 50	91342 53	33398 92	2930 55	6129 15	2018 50	—	235 62	—	8631 08	14		
2959 94	170 94	124	6	25	228	543 05	118 45	04 85	50	8648 06	12968 29	4526 19	630 75	1019 65	400 25	—	—	—	1214 12	15		
8407 70	201 39	59 65	81	65 10	208 75	981 16	302 17	4333 49	—	19021 69	33662 10	9510 20	608 35	2709 70	784	—	—	—	2972 30	16		
25645 81	4110 96	2866 68	219 75	116 95	192 90	2919 91	3637 28	4758 59	—	59978 08	104446 91	50188 42	1108 25	9071 85	1194	—	—	—	9671 8	17		
47732 75	3495 02	2914 23	209 80	1513 70	4592 02	4966 05	4353 73	5969 10	—	104227 02	179973 42	156456 22	2400 55	19258 30	5619 50	—	—	—	16894 03	18		
70 5 24	385 44	239 60	119	248 15	405	727 03	795 75	308 58	—	23728 98	34022 77	21701 34	815 40	3403 75	1256 80	—	—	—	2316 19	19		
29487 03	2036 69	160 76	48	159 50	313 38	2598 87	7852 39	742 77	—	72859 35	116258 74	106198 39	1394 95	11019 05	3701 50	—	10 65	—	11199 02	20		
19992 17	2667 58	244 75	337	89 60	137 70	1553 62	1188 48	3323 74	—	42492 21	72425 85	34002 29	735 35	6681 30	2244 25	—	—	—	6722 96	21		
20433 45	2935 69	161 75	94 20	188 10	491	2004 85	1845 84	4362 03	—	50327 65	82894 56	54508 48	624 55	6843 93	1986	—	10 05	—	7563 30	22		
29485 65	4031 97	1350 50	684 65	168 45	575 60	3883 94	1863 45	3542 04	—	72036 03	117622 28	69851 72	1547 50	9190 55	2 60	—	75 60	—	10443 39	23		
14174 44	1510 52	303 08	51 50	79 75	316 80	2267 60	9 7 81	1831 98	—	35 84 18	56 67 66	2 2705 37	1019 20	4681 70	1637 25	64	—	—	4933 58	24		
41744 65	5815 06	2835 61	181 10	60 70	347 20	3772 31	3086 92	6225 37	100	87 64 02	151232 94	89006 82	2245 03	13107 20	40 46	—	209 25	—	11447 06	25		
15075 44	497 79	122 50	24 90	845 45	76	1455 33	851 56	1768 84	—	41420 45	61 38 29	63097 24	304 15	7009 70	2152 75	—	—	—	660 65	26		
627583 89	86649 86	20924 31	4337	11757 50	20170 08	58149 66	51940 45	64615 95	1292 28	1538021 47	485442 45	055723 49	35219 11	236884 41	669 6 10	674 40	—	1269 43	237195 75	27		
616227 57	72730	14252 07	15967 75	17622 06	28549 68	54737 50	41806 06	68550 99	15239 34	1516293 12	2461976 14	—	132774 99	482789 86	92238 35	3731	7012	—	231491 97	28		
627583 89	86649 86	20924 31	4337	11757 50	20170 08	58149 66	51940 45	64615 95	1292 28	1538021 47	485442 45	055723 49	35219 11	236884 41	669 6 10	674 40	—	1269 43	237195 75	29		
1243811 46	159379 86	35176 38	20304 75	29379 56	48719 76	112887 16	93746 51	133166 94	16531 62	3054314 59	4947418 59	—	167994 10	719674 30	159194 45	4405 40	8281 43	—	468687 72	30		

Hierzu der Kassenbestand vom 30. Juni 1929 2056723 49  
Gesamtsumme 7004142 08

für das 1. Halbjahr 1929

616227 57	72730	14252 07	15967 75	17622 06	28549 68	54737 50	41806 06	68550 99	15239 34	1516293 12	2461976 14	—	132774 99	482789 86	92238 35	3731	7012	—	231491 97
627583 89	86649 86	20924 31	4337	11757 50	20170 08	58149 66	51940 45	64615 95	1292 28	1538021 47	485442 45	055723 49	35219 11	236884 41	669 6 10	674 40	1269 43	—	237195 75

Aktiva	Bilanz per 1. Juli 1929		Passiva		
	Mark	Schilling			
Bankkonten	885 672	94	Stammeinlagen	20 000	—
Effekten und Aktien	2 656 816	90	Schuldenshypotheken	640 700	—
Darlehen	1 018 708	—	Kapitalertrag	550 657	49
Hypotheken	352 750	—	Guthaben der Hauptkasse	5 555 651	35
Organisationsfonds	40 000	—			
Immobilien	1 813 060	—			
Hinterlegungskonto	1	—			
	6 767 008	84		6 767 008	84

Adam Ruppert, Otto Becker, Fritz Müntner, David Stetter

Reichsaußenminister Stresemann †



Der Tod des Reichsaußenministers Dr. Stresemann läßt auch die Gewerkschaften nicht gleichgültig, obwohl er seit vielen Jahren Führer jener Partei war, die selbst der Zentrumsführer Stegerwald als die reaktionärste aller Parteien brandmarkte. Stresemann, der nur ein Alter von 51 Jahren erreicht hat, wurde bereits als ganz junger Jurist Syndikus des Bundes der sächsischen Industriellen, ein Amt, das er bis zu seinem 40. Lebensjahre bekleidete. Schon im Jahre 1907 wurde er in dem sächsischen Wahlkreis Annaberg für die Nationalliberale Partei in den Reichstag gewählt, dem er seit dieser Zeit angehörte. Nach Bassermanns Tode wurde Stresemann Führer dieser Partei. Während des Krieges war er ganz im Sinne seiner Partei Kriegspolitiker und so ergab sich, daß er bis in die Nachkriegszeit hinein mit der modernen Arbeiterbewegung wenig sympathische Berührungen hatte. Als Politiker war Stresemann aber klug genug, bald einzusehen, daß Deutschland aus der schweren Zerrüttung, die ihm der Krieg gebracht hat, nur dann wieder herauskommen könne, wenn es eine Verständigung mit seinen Kriegs-

gegnern anstrebt. So wurde er 1923 während der schlimmsten Zeit der Inflation deutscher Reichskanzler und Reichsaußenminister. Das Reichskanzleramt hat er allerdings nicht lange innegehabt; auf dem Posten aber des Reichsaußenministers bewährte er sich seit den Augusttagen des Jahres 1923 bis zu seinem Tode. Wenn seine Politik die Zustimmung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei nicht bis in alle Einzelheiten fand, so bewegte sie sich doch auf einer Linie, daß sie von der Arbeiterschaft mehr unterstützt wurde als von seiner eigenen, der Deutschen Volkspartei. Es gibt keine Politik, die Deutschland von den Kriegslasten gänzlich befreit. Die Dawes-, Locarno- und Young-Politik aber sind die Etappen auf dem Wege der Gesundung der deutschen Wirtschaft und der Politik. Und wenn in den nächsten Monaten endlich auch die Rheinlande von der Besatzung frei werden, so steht, alles in allem genommen, zu erhoffen, daß das deutsche Volk bald das Ansehen und die Bedeutung im Rate der Völker erlangen wird, die ihm kraft seiner Kultur und seiner Intelligenz zukommen. An dieser Gesundungspolitik hat Stresemann als Reichsaußenminister den hervorragendsten Anteil. Das dankt ihm auch die Arbeiterklasse.

G. R.

**Einnahmen und Ausgaben für das 2. Quartal 1929**

**Einnahmen und Ausgaben für das 1. Halbjahr 1929**

**Einnahmen:**

Bestand der Hauptkasse vom 1. Quartal 1929.....	1 206 820,42
Mitgliederbeiträge .....	1 525 409,67
Eintrittsgelder .....	12 611,80
Unsere Gewerkschaftspresse.....	6 084,26
Zinsen .....	8 080,90
Zurückgezahlte Vorschüsse.....	1 292,28
Beiträge zur Unterstützungsvereinigung.....	25 303,20
Vermögensverwaltung .....	34 656,05
Bücher und Schriften.....	15 334,69
Kalender .....	344,20
Sonstige Einnahmen.....	7 583,90
<b>Summe</b> .....	<b>2 843 521,37</b>

Einnahmen	1. Quartal 1929		2. Quartal 1929		Gesamt	
	M	S	M	S	M	S
Mitgliederbeiträge .....	1 506 953	02	1 525 409	67	3 032 362	69
Eintrittsgelder .....	9 340	10	12 611	80	21 951	90
Unsere Gewerkschaftspresse .....	7 582	83	6 084	26	13 647	09
Zinsen .....	14 119	41	8 080	90	22 200	31
Zurückgezahlte Vorschüsse .....	15 239	34	1 292	28	16 531	62
Beiträge zur Unterstützungsvereinigung .....	23 539	33	25 303	20	48 842	53
Vermögensverwaltung .....	30 420	11	34 656	05	65 076	16
Bücher und Schriften .....	14 440	81	15 334	69	29 775	50
Kalender .....	1 923	30	344	20	2 272	50
Sonstige Einnahmen .....	7 227	83	7 583	90	14 811	73
<b>Summe</b> .....	<b>1 630 771</b>	<b>08</b>	<b>1 636 700</b>	<b>95</b>	<b>3 267 472</b>	<b>03</b>
Hierzu Bestand vom 4. Quartal 1928 .....						
<b>1 911 255</b>						
<b>5 178 727</b>						

**Ausgaben:**

Streikunterstützung .....	1 624,43
Gemahregeltenunterstützung .....	674,40
Rechtsschutz .....	16 355,07
Arbeitslosenunterstützung .....	35 219,11
Krankenunterstützung .....	236 884,44
Sterbeunterstützung .....	66 956,10
Agitation durch die Gaubüros .....	125 144,55
Lohnbewegung durch die Gaubüros .....	80 550,—
Agitation durch das Hauptbüro .....	15 301,25
Lohnbewegung durch das Hauptbüro .....	4 594,74
Stellennachweis .....	3 157,15
Teilnahme an Konferenzen .....	79 558,25
Beitrag an ADGB, ADL und Internationale .....	31 508,95
Unsere Gewerkschaftspresse .....	222 971,65
Unterrichtskurse und Bildungsmittel .....	54 218,36
Literatur .....	4 688,12
Bücher und Schriften .....	13 199,53
Inventar .....	12 264,65
Vorschüsse an die Filialen .....	1 292,28
An die Vermögensverwaltung .....	356 691,93
An die Unterstützungsvereinigung .....	37 828,30
<b>Personliche Verwaltungskosten:</b>	
Gehälter .....	56 104,45
Sitzungsgelder .....	760,80
Versicherungsbeiträge .....	12 500,07
<b>Sächliche Verwaltungskosten:</b>	
Drucksachen .....	12 919,45
Büromaterialien .....	2 859,20
Materialien für die Filialen .....	33 271,93
Porto .....	12 888,12
Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung .....	16 381,85
Sonstige Ausgaben .....	1 203,40
<b>Summe</b> .....	<b>1 549 572,53</b>

Ausgaben	1. Quartal 1929		2. Quartal 1929		Gesamt	
	M	S	M	S	M	S
Streikunterstützung .....	7 012	—	1 624	43	8 636	43
Gemahregeltenunterstützung .....	3 731	—	674	40	4 405	40
Rechtsschutz .....	9 872	90	16 355	07	26 227	97
Arbeitslosenunterstützung .....	132 774	99	35 219	11	167 994	10
Krankenunterstützung .....	482 789	86	236 884	44	719 674	30
Sterbeunterstützung .....	92 238	59	66 956	10	159 194	45
Agitation durch die Gaubüros .....	126 436	28	125 144	55	251 580	83
Lohnbewegung durch die Gaubüros .....	85 500	—	80 550	—	166 050	—
Agitation durch das Hauptbüro .....	15 734	93	15 301	25	31 036	18
Lohnbewegung durch das Hauptbüro .....	4 762	83	4 594	74	9 357	59
Stellennachweis .....	2 766	—	3 157	15	5 923	15
Teilnahme an Konferenzen .....	2 577	30	79 558	25	82 135	55
Beitrag an ADGB, ADL u. Internationale .....	34 587	90	31 508	95	66 096	85
Unsere Gewerkschaftspresse .....	147 819	60	222 971	65	370 791	25
Unterrichtskurse u. Bildungsmittel .....	55 090	97	54 218	36	109 309	33
Literatur .....	1 910	14	4 638	12	6 528	26
Bücher und Schriften .....	23 831	38	13 199	53	37 030	91
Inventar .....	10 002	40	12 264	65	22 267	05
Vorschüsse an die Filialen .....	15 239	34	1 292	28	16 531	62
An die Vermögensverwaltung .....	886 959	78	356 691	93	1 243 651	71
An die Unterstützungsvereinigung .....	37 249	30	37 828	30	75 077	60
<b>Personliche Verwaltungskosten:</b>						
Gehälter .....	54 911	90	56 104	45	111 016	35
Sitzungsgelder .....	930	—	760	80	1 690	80
Versicherungsbeiträge .....	10 678	65	12 500	07	23 178	72
<b>Sächliche Verwaltungskosten:</b>						
Drucksachen .....	11 802	68	12 919	45	24 722	13
Büromaterialien .....	2 836	02	2 859	20	5 695	22
Materialien für die Filialen .....	51 135	52	33 271	93	84 407	45
Porto .....	10 740	57	12 888	12	23 628	69
Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung .....	12 341	79	16 381	85	28 723	64
Sonstige Ausgaben .....	881	44	1 203	40	2 084	84
<b>Summe</b> .....	<b>2 335 205</b>	<b>84</b>	<b>1 549 572</b>	<b>53</b>	<b>3 884 778</b>	<b>37</b>

**Abschluß:**  
 Einnahme einschließlich Bestand vom 1. Quartal 1929 2 843 521,37  
 Ausgabe .....

**Abschluß:**  
 Einnahme einschl. Bestand .....

Bleibt Bestand 1 293 948,84  
 Berlin, den 25. September 1929.  
 W. Ruppert, Hauptkassierer.  
 Revidiert und für richtig befunden:  
 Die Revisoren:  
 Bruno Otto, Albert Rogke, Richard Kaumann.

Bleibt Bestand 1 293 948,84 Mt.  
 Berlin, den 25. September 1929.  
 Adam Ruppert, Hauptkassierer.  
 Revidiert und für richtig befunden:  
 Die Revisoren:  
 Bruno Otto, Albert Rogke, Richard Kaumann.

**Gesamt-Einnahmen und -Ausgaben für das 1. Halbjahr 1929**

**Einnahmen:**

Einnahme der Filialen ..	5 193 974,13 Mt.
Hiervon an die Hauptkasse 3 054 314,59 „	verbleiben 2 039 659,54 Mt.
Einnahme der Hauptkasse .....	3 267 472,03 „
<b>Summa</b> .....	<b>5 307 131,57 Mt.</b>

**Ausgaben:**

Ausgabe der Filialen ..	4 947 418,59 Mt.
Hiervon an die Hauptkasse 3 054 314,59 „	verbleiben 1 893 104,— Mt.
Ausgabe der Hauptkasse .....	3 884 778,37 „
<b>Summa</b> .....	<b>5 777 882,37 Mt.</b>

**Abschluß:**

Gesamteinnahme .....	5 307 131,57 Mt.
Gesamtausgabe .....	5 777 882,37 „
<b>Mehrausgabe</b> .....	<b>470 750,80 Mt.</b>

**Vermögensnachweis am Schluß des 2. Quartals 1929:**

Rassenbestände der Filialen .....	2 056 723,49 Mt.
Rassenbestand der Hauptkasse .....	1 293 948,84 „
Bestand der Vermögensverwaltung .....	5 555 651,35 „
<b>Gesamtvermögen</b> .....	<b>8 906 323,68 Mt.</b>

## Geschichte des Handels und Verkehrs

Gewerkschaftsgeschichte ist stets ein Stück Wirtschaftsgeschichte. Entwicklung und Aufstieg der Organisationen der Arbeiterschaft sind nur zu verstehen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Wirtschaft. Von diesem Grundsatz ausgehend enthalten auch alle Jahrbücher der gewerkschaftlichen Organisationen und alle geschichtlichen Darstellungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung neben der eigentlichen Schilderung der organisatorischen Verhältnisse eine Darstellung des wirtschaftlichen Rahmens, in dem die Gewerkschaftsorganisationen arbeiten und kämpfen. Auch der Deutsche Verkehrsband bleibt diesem Grundsatz treu. Er veröffentlicht jochen den 1. Band der „Geschichte des Deutschen Verkehrsbandes“, betitelt: „Die Entwicklung des Handels, Transports und Verkehrs in Deutschland“. („Geschichte des Deutschen Verkehrsbandes“, 1. Band: „Die Entwicklung des Handels, Transports und Verkehrs in Deutschland“. Von Max Quard. Berlin 1929. Verlagsanstalt Courier. 280 S. 82 Abb. Organisationspreis 7,50 Mk.) Der Verfasser ist der bekannte sozialistische Schriftsteller Dr. Max Quard. Das Werk stellt eine wertvolle Bereicherung der bisher erschienenen wirtschaftsgeschichtlichen Literatur dar, die vom sozialistischen Standpunkt geschrieben wurde, und was den Wert des Buches noch erhöht: es ist in einer leichtfaßlichen gemeinverständlichen Sprache geschrieben, die die Lektüre des Buches für jeden Arbeiter möglich macht. Dazu kommen ein vorbildlich klarer Schriftsatz, zahlreiche hervorragende Abbildungen und ein schöner Einband, alles Dinge, die das Lesen des Buches zu einem Genuß machen.

Das Werk beginnt mit einer Darstellung des Handels und Verkehrs in der Antike. In den auf Sklaverei beruhenden Stadtstaaten Griechenlands und in dem späteren römischen Weltreich spielten Handel und Verkehr bereits eine bedeutsame Rolle. Uns scheint sogar, als ob der Verfasser für diesen Abschnitt der Wirtschaftsgeschichte die Wichtigkeit der Kaufmannsklasse unterschätzt. Gerade das Kaufmannskapital erlebt als die erste Form des Kapitals innerhalb dieser unentwickelten Gesellschaftsordnungen seine höchste Blüte.

Es folgt eine Schilderung der Entwicklung des Handels im frühen deutschen Mittelalter. Anfangs wurde der Handel als Nebenbeschäftigung der Bauern und Hausgewerbetreibenden getätigt. Teilweise finden wir bereits Berufskaufleute, die im Dienste der Grundherren die Uberschüsse der Naturalrenten auf den Markt bringen. Die technischen Voraussetzungen eines ausgedehnten Handelsverkehrs waren noch unentwickelt, die Transportmittel befanden sich in einem sehr primitiven Zustand. Das Straßen- und Wegenetz war dürftig. Soweit Handel getrieben wurde, stand Mitteleuropa im frühen Mittelalter stark unter der Herrschaft des Handelsverkehrs zwischen Kleinasien und Europa. Zu Schiff auf dem Mittelmeer, dann über Italien und Frankreich kamen die ausländischen Waren schließlich nach Westdeutschland. Einen starken Ansporn erhielten Handelsgewerbe und Verkehr durch das Aufkommen der mittelalterlichen Städte, die sehr bald die Einrichtung der privilegierten Märkte und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die einfache Warenproduktion schufen. Hand in Hand mit der Ausdehnung des Handels und Verkehrs ging die Ausweitung des Geldwesens. Die Geldhändler spielten bereits im 11. Jahrhundert in der Wirtschaft eine wichtige Rolle. Aus ihnen entstand im Laufe der Zeit der Typus des

mittelalterlichen Bankiers, der Geld verleiht, Girogeschäfte macht und Steuern für den Papst und weltliche Große einzieht. Während der Handel im Westen Deutschlands naturgemäß auf Frankreich, Italien und Kleinasien angewiesen war, entwickelte sich im Norden Deutschlands mit England ein reger Austauschverkehr. Auch von der Ostsee, von Lübeck und Wisby her, setzte eine starke Bewegung der Kaufleute im Mittelalter ein, bekannt unter dem Namen „Hansa“, die bald zu einer der bedeutendsten Wirtschaftsmächte der damaligen Zeit wurde. Die Blütezeit der Hanse währte nicht lange. Bereits im 16. Jahrhundert spielte sie keine große politische und ökonomische Rolle mehr.

Während man im frühen Mittelalter noch sehr wenig Handlungsgehilfen trifft, ändert sich das im Ausgang des 16. Jahrhunderts mit der allmählichen Proletarisierung großer sozialer Schichten, die ehemals beruflich selbständig und wirtschaftlich unabhängig waren. Das erste Buch schließt mit einer interessanten Darstellung der Lebenshaltung und der Arbeitsbedingungen der Handlungsgehilfen zur Zeit des ausgehenden Mittelalters.

Das zweite Buch beginnt mit einer Aufzählung der Vorbedingungen des Kapitalismus. Hier wäre neben der Aufzählung der technischen und ökonomischen Voraussetzungen eine eingehendere Darstellung der sozialen Vorbedingungen (Entstehung des Proletariats) am Platze gewesen. Sehr gut gelungen ist dagegen das Kapitel über den Anteil des Handels an der Entstehung des Kapitalismus. Eine große Rolle bei der Schaffung von Vermögen, das nicht aufgezehrt oder gepart, sondern zur erneuten Produktion von Profit verwendet wird und damit den Charakter des Kapitals erhält, spielte die Geldleihe. Durch sie haben die Kaufleute am Ende des Mittelalters ganz enorme Summen verdient. Mehr und mehr trennt sich mit der Ausdehnung des Handels die Seeschifffahrt vom eigentlichen Handelsgewerbe. Ihr folgt der Binnenverkehr, der ebenfalls zu einem selbständigen Berufsweig wird. Immer mehr greift die Arbeitsteilung auch im Handel selbst um sich. Der Kleinhandel trennt sich vom Großhandel. Die erste Post kommt auf. Nur die Arbeitsverhältnisse im Handels- und Verkehrsgewerbe behalten noch viele Jahrzehnte ihren scheinpatriarchalischen Charakter.

Die neue Epoche der Weltgeschichte wird eingeleitet durch die Sturmlocken der englischen und französischen Revolution. Die Befreiung des Bürgertums von politischen und juristischen Fesseln schafft die Möglichkeiten zur vollen Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Zugleich werden die Arbeiter- und Bauernmassen von den Schranken der Zünfte und des Feudalismus befreit. Die Zollgrenzen zwischen den vielen Ländern und Ländchen in Deutschland fallen. Die Maschine tritt ihre Herrschaft an und fügt zur politischen die technische Revolution. Eine der größten Umwälzungen der Geschichte beginnt mit der Einführung der Eisenbahn und der Maschinisierung des großstädtischen Lokalverkehrs. Binnenschifffahrt und Seeschifffahrt erleben einen gewaltigen Aufschwung. Die Bankinstitute entwickeln sich zu mächtvollen Palästen und dies ganze gewaltige Gebäude des modernen Handels und Verkehrs ruht auf den Schultern der Verkehrsarbeiter und der Handlungsgehilfen. Mit der Darstellung ihrer sozialen und ökonomischen Bedeutung für die Gesamtwirtschaft schließt der erste Band der Geschichte des Deutschen Verkehrsbandes. K. G.

## Warum muß der Landstraßenbau Regiebetrieb bleiben?

Daß die Regiebetriebe den Unternehmern schon immer recht unbequem waren, ist allgemein bekannt. Tatsachen wollen wir daher nicht noch besonders betonen. Leider gibt es auch in uns nahestehenden Kreisen Personen, die ebenfalls behaupten, daß die Regiebetriebe teurer wirtschaften als die Privatbetriebe. Für das Unternehmertum ist der Kampf gegen die Regiebetriebe erklärlich. Man erblickt in den öffentlich-rechtlichen Betrieben ein Objekt, das zur Ausbeutung dem Kapital überlassen bleiben muß. Wenn aber von uns nahestehender Seite behauptet wird, daß die eigene Wirtschaft der Kommunen, Kommunalverbände und Provinzen teurer ist, dann beweist man, daß man sich recht wenig mit den Regiebetrieben beschäftigt hat und daher die tatsächlichen Verhältnisse nicht kennt. Gewiß herrscht in den Regiebetrieben noch viel überflüssiger Bürokratismus, hier müssen eben die in Frage kommenden Vertreter in den städtischen Kollegien und sonstigen in Frage kommenden Körperschaften auf Abänderung drängen. Kein Mensch wird behaupten, daß die städtischen Gas-

Wasser- und Elektrizitätswerke teurer wirtschaften als die Privatbetriebe. Daß die Preise für die dort erzeugten Produkte reichlich hoch sind, hat seine Ursache darin, daß diese Betriebe Uberschüsse leisten müssen, um den ewig leeren Stadtsäckel zu füllen. Diese Betriebe halten auch in technischer Hinsicht jedem Vergleich mit den Privatbetrieben stand.

Doch um diese Betriebe handelt es sich diesmal nicht. Die Wirtschaftspartei hat kürzlich im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingereicht, in der darauf hingewiesen wird, daß die Provinz Hannover im Freistaat Sachsen einen provinzeigenen Steinbruch besitzt. Es wird behauptet, daß dadurch in der Provinz Steuergelder in außergewöhnlichem Umfang der heimischen Wirtschaft entzogen werden. Wie sieht es nun wirklich damit aus. Zunächst wollen wir nicht darauf eingehen, ob die Provinz bei Erwerb dieses Steinbruchs in Collmen (Freistaat Sachsen) die nötige Vorsicht hat walten lassen, und den gerissenen Unternehmern, die diese Steinbrüche veräußerten, nicht einen unvor-

hältnismäßig hohen Preis zu bezahlen. Daß die Provinz zu diesem Vorgehen von dem Privatkapital gezwungen wurde, dafür ein Beispiel.

Die Steinbruchbesitzer des Harzes sowohl wie in den hannoverschen Steinbrüchen verlangten im Jahre 1925 für Großpflaster 41 Mk. und für Kleinpflaster 38 Mk. pro Tonne. Diese Preise konnte das Unternehmertum diktieren, weil sie eben das Monopol besitzen und sich über die Preisfestsetzungen sehr gut verständigten. Das hörte mit dem Tage auf, als die Provinz einige Steinbrüche erworben hatte. Mit einem Male senkte sich der Preis für Großpflaster auf 26 Mk. und für Kleinpflaster auf 25 Mk. im Jahresdurchschnitt. Das bedeutet mehr als ein Drittel der Kosten, die sonst für das Pflastermaterial ausgegeben werden mußten. Aber nicht nur allein das Pflastermaterial, sondern auch die Schottersteine sind, da hier gewaltige Mengen gebraucht werden, ebenfalls ganz erheblich im Preis zurückgegangen. Die Ersparnisse, die durch wenige Ausgaben für das Steinmaterial zu buchen sind, dürften weit die Summen übersteigen, die eventuell bei dem Erwerb des Steinbruches in Collmen zuviel gezahlt sind.

Wer einigermaßen objektiv urteilen will, wird zugeben müssen, daß der Regiebetrieb für die Provinz der billigere ist, da der Privatunternehmer ja nur an den Provinzen und Kreisen verdienen will, denn mit dem Heruntergehen der Preise für das Steinmaterial haben nicht nur die Provinz, sondern auch die Kreise einen gewaltigen Vorteil. Fest steht, daß die Ausgaben für den Landstraßenbau so gewaltig geworden sind, daß Provinzen und Kreise nicht mehr wissen, woher sie das Geld für diese Arbeiten nehmen sollen. Wenn dann versucht wird, wie das hier in Hannover geschehen ist, die Provinz zu zwingen, auch Steinbrüche in eigener Regie zu erwerben, so ist das zweifellos zu begrüßen. Die Steuerzahler sind dadurch vor ganz gewaltigen Mehrbelastungen verschont geblieben. Diese Bestrebungen sind daher zu unterstützen, denn nur so können die öffentlich-rechtlichen Betriebe im Interesse der gesamten Einwohner wirtschaften, denn die Preise für die Materialien der Privatindustrie werden dadurch erheblich herabgedrückt. Unsere Kollegen, die Landstraßenwärter, wissen es am besten, da sie diejenigen sind, die am meisten darunter zu leiden haben, daß die Ausgaben für den Landstraßenbau so hoch sind. Diese gewaltigen Ausgaben sind aber nicht etwa deswegen entstanden, weil der Landstraßenbau Regiebetrieb ist, sondern weil die Materialpreise aller Baustoffe viel zu hoch sind. Damit beweist man aber doch nicht, daß es den Unternehmern bei höheren Löhnen möglich wäre, die Landstraßen billiger in Ordnung zu halten.

Jedenfalls empfehlen wir, daß die Provinz den einmal beschrittenen Weg weiter geht und sich von den Lieferungen durch Private unabhängig macht. Nur durch Ausbau der Regiebetriebe werden Gemeinden, Kreise und Provinzen in der Lage sein, im Interesse der Allgemeinheit die Kosten für die auszuführenden Arbeiten zu verringern.

Fr. Meißner.

## Unsere Jugend

### Eine bemerkenswerte Jugend-Internationale

Im Juli erlebte die Welt das Schauspiel zweier internationaler Jugenddemonstrationen. Allem voran steht da das Internationale Jugendtreffen in Wien, wo die proletarische Jugend Europas zielbewußt den Geist der neuen Zeit proklamierte und trotzig der alten auf Krieg eingestellten Welt das zu Herzen gehende Kampflied sang:

Nie, nie wollen wir Waffen tragen,  
nie wollen wir wieder Krieg!  
Laß die hohen Herrn sich alleine schlagen,  
wir machen einfach nicht mehr mit, nein, nein!

In England trat eine andere Internationale der Jugend zusammen, über die hier näher berichtet werden soll. Es geschieht dieses um so lieber, als auch diese Internationale der Jugend es sich nicht nehmen ließ, am 4. August, dem Tage der vielen Kriegserklärungen im Jahre 1914, eine wuchtige Anti-Kriegs-Demonstration zu organisieren, um sich so mit der proletarischen Jugend im Geiste solidarisch zu erklären in dem Schwur: Nie, nie wollen wir wieder Krieg!

Die Bewegung, über die hier berichtet werden soll, heißt: Die Boys Scouts, die in Deutschland unter dem Namen Pfadfinder bekannt ist, es aber eigentlich nie zu Einfluß brachte.

Mit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts wurde vor allem Deutschland von einem neuen Lebensnerv befeuert. Frisches

Blut strömte durch die Adern unseres Volkes, was sich besonders bei der jungen Generation bemerkbar machte. Schon gegen Ende des Jahrhunderts wurde es als schwerer Mangel empfunden, daß die aus der Schule entlassene Volkjugend sich selbst überlassen blieb. Sprach doch in 1889 der rheinische Pädagoge Friedrich Wilhelm Dörpfeld von der großen Jugendwüste, die zwischen Konfirmation und Ehestand liege und beklagte, daß die Jugend „das soziale Privilegium habe, sich so ungebärdig und zuchtlos zu benehmen, wie es ihr behage, falls sie sich hüten, dem Kriminalrichter in die Hände zu fallen“. Der von dem Gymnasialsten Karl Fischer um die Jahrhundertwende ins Leben gerufene „Wandervogel“ war die erste große Revolte gegen die vom Militarismus auf allen Gebieten des Lebens verbreitete verpestende Atmosphäre. Ein starker Drang zur Freiheit quoll hervor. Es war die Auslehnung gegen den fürchtbaren Zwang der Schule sowie des Elternhauses, da auch hier der Kasernenhofstil als Ziel höchster Weisheit galt. Mit dem neuen Jahrhundert erhob dann auch die zielbewußte Arbeiterjugend ihr Haupt.

Wie sehr die Gründung der sozialistischen Arbeiterjugend den Hütern des alten Obrigkeitsstaates ins Mark schnitt, erkennt man daran, daß auch gar bald der preußische Staat dem proletarischen „Gift“ durch eine staatliche „Jugendfürsorge“ beikommen wollte. Die Vaterlandsfreunde sollten sich zusammenschließen, um im Gegensatz zur Sozialdemokratie eine auf militärischer Grundlage basierende „Jugendpflege“-Organisation zu schaffen. Auch in der Nachkriegszeit hat es sicherlich nicht an Versuchen gefehlt, den „Geist militärischer Zucht“ wachzuhalten. Wenn das nicht gelang, so ist das vor allem das Verdienst der in der Arbeiterbewegung pulsierenden Kräfte.

In England wehte schon immer eine andere Luft. Dem Kasernenhofdrill kannte man nichts, er widerstrebt dem englischen Geist, der von Natur aus demokratisch ist. Die erste große Jugendorganisation mündete in dem St.-John-Verband, ein Samariterbund der Jugend. Im Jahre 1908 gründete der aus dem Burenkriege bekannte General Sir Baden-Powell die Bewegung der Boys-Scouts, die in diesem Jahre in Arrowe-Park, eine Halbinsel in Birkenhead bei Liverpool, ihr 21jähriges Bestehen mit einem Welt-Jamboree (Treffen) feierte, an dem auch eine Abteilung deutscher Pfadfinder teilnahm. Die deutschen Pfadfinder sind eigentlich eine Art militärische Organisation, ein Anhängsel des Stahlhelms. Wie sehr die englische Scouts-Bewegung sich von aller militärischen Zucht fernhält, bewies das im großen Lager organisierte Welt-Jamboree, an dem 50 000 Scouts teilnahmen. Aus allen Weltteilen strömten am 31. Juli die Scouts zusammen: aus Europa, Afrika, Asien, Amerika, Australien. Am 4. August standen Inder, Türken, Magyaren, Chinesen, Japaner, Afrikaner, Polen, Australier, Kanadier, Araber, Deutsche beisammen, alle befeuert von dem Gedanken, nie wieder Waffen tragen zu wollen. Hier in diesem Lager mit seinen asiatischen oder afrikanischen „Hütten“ und den auch bei unserer Jugend beliebten Zelten, das die Jungens aus 42 Staaten beherbergte, herrschte eine seltsame Farbenpracht. Es wurden die verschiedensten Symbole zur Schau getragen. Im Scout-Leben widerspiegelt sich das Leben der Urvölker — so etwa das unserer germanischen Vorfahren —, die im frühlichen Eiserzeitalter in der freien Natur dem Kampf und dem Spiel huldigten. „Es liegt ein tiefer Sinn im kindlichen Spiel.“ Der Dichterspruch bewahrheitet sich hier voll und ganz. Nach Indianerart hocken die Scouts um die Campfeuer. Sie kochen, essen, arbeiten, plantschen, spielen. Kameradschaft, Freundschaft, Ordnung sind die Ecksteine, die die Scouts zusammenhalten. „Be prepared“ — sei bereit —, bereit zu einer guten Tat, das ist das Motto der Scouts. Und in der Tat gab es im großen Lager außer vergangene Epochen der Weltgeschichte veranschaulichende Aufzüge — so der Zug der Jungfrau von Orleans — ernste Arbeit zur Aufrechterhaltung des Lagers zu verrichten. Mit dem historischen Mummenstanz und seinen karnevalistischen Allüren, der ja bei großen Veranstaltungen der Engländer nie fehlt, wollen wir uns an dieser Stelle nicht aufhalten. Uns interessiert das Abenteuerliche, das Indianerkaste der Scout-Bewegung. Der Drang zum Abenteuerlichen lebt ja in der Jugend. Sie will „erleben“, sich wagehalsig ergötzen. Im Scout-Lager wird das Urwüchsige, Wilde mit den kulturellen Erziehungsmethoden rein gefühlsmäßig zu einer Spitzhefe vereint. Die Arbeit in der Natur kann ja nie schablonenhaft werden, sie muß ganz von selbst dem gegebenen Zweck dienen. Hier heißt es die Kunst des Handwerks anzuwenden. Zum „Camping“ gehört nicht nur die Kunst des Kochens, sondern auch das Begreifen der Naturgeheimnisse. So wächst in kameradschaftlicher Umgebung die Fingerfertigkeit und das geistige Denken beim abenteuerlichen Spiel ganz von selbst. Alle

diejenigen, die sich in den Gewerkschaften mit Jugendproblemen zu befassen haben, sollten nie vergessen, daß die Kennzeichen wahrer Bildung zu suchen sind in der frischen Empfänglichkeit für alles Menschliche, in der Sicherheit des Urteils. Selbständigkeit im Erfassen und Durchführung einer Aufgabe, im Willen und Handeln. Das alles läßt sich am besten draußen im Walde, wo man sich „seinen Platz“ erobern muß, am leichtesten erzielen. Vor allem aber wird der junge Mensch, der trotz der Gemeinschaft auf sich selbst gestellt ist, sein Wissen, Können und Tatkraft beweisen muß, durch die Selbstverwaltung auf allen Gebieten des späteren Lebens vorbereitet.

Freilich, die englische Scout-Bewegung ist eine überparteiliche, die auch der englischen Arbeiterbewegung fernsteht. Es ist überhaupt bedauerlich, daß es der englischen Arbeiterbewegung bis jetzt nicht gelang, weder eine Gewerkschaftsjugend noch eine politische Arbeiterjugend von Einfluß zu schaffen. Die Scout-Bewegung ist in ihren Zielen bürgerlich, d. h. sie hängt am Bestehenden mit allen seinen Ungleichheiten. Nur der Sozialismus kann Neues bringen. Sein Ziel ist die Befreiung der Arbeitenden aus der Fron der Erwerbsarbeit, die Errichtung einer vernünftigen Wirtschaftsordnung, die nicht zuletzt der arbeitenden Jugend Licht, Luft und Sonne im ausreichenden Maße gewährt. Insofern aber die internationale Scout-Bewegung eine Friedensbewegung ist, die dem Gedanken des internationalen Friedens dient, begrüßen wir sie aus vollem Herzen. Aus diesem Grunde soll hier auch besonders über die Schlussfeier im Jamboree berichtet werden, wo Baden-Powell in sinnreicher Form die Streitart des Krieges in die Erde grub und den Pfeil des Friedens in die Welt hinausgeschickte. Bei dieser Zeremonie sprach er die Worte: „Die Streitart in meiner Hand ist das Symbol des Krieges, der Feindschaft und der bösen Gefühle, die ich jetzt in die Erde vergrabe. An seine Stelle sende ich nun mit euch in eure Heimatländer den goldenen Pfeil des Friedens, des guten Willens und der Kameradschaft. Von nun an soll der goldene Pfeil das Symbol des Friedens sein. Tragt den Pfeil voran, auf daß alle Menschen das Ideal wahrer Menschenliebe kennenlernen.“ B. Weingart.

## Aus Politik und Volkswirtschaft

**Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung im Reichstag.** Im heutigen Leitartikel wird bereits ausführlich über das Resultat des mehrmonatigen Kampfes um die Arbeitslosenversicherung berichtet. Am 30. September und 1. Oktober behandelte der Reichstag die Regierungsvorlage in zweiter und am 3. Oktober in dritter Lesung. Bei Begründung der vorliegenden beiden Gesetzentwürfe führte Reichsarbeitsminister Dr. Wissell u. a. aus:

Das Reichsarbeitsministerium ist allen Klagen über Mißbräuche und Mißstände nachgegangen. Dabei hat sich erfreulicherweise herausgestellt, daß die Mitteilungen über Mißbräuche und Mißstände vielfach die Tatsache entstellen und aufgebauscht haben. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz als Ganzes hat sich bewährt, es war namentlich unter den Verhältnissen der Nachkriegszeit ein notwendiges Gesetz, das eine sozialpolitische Lücke ausfüllte. Die Reichsregierung rückt ausdrücklich ab von der Auffassung, als habe die Arbeitslosenversicherung die Arbeitsmoral unseres ganzen Volkes untergraben. Die Arbeitslosenversicherung hat in den ersten zwei Jahren mit ganz ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, der Reorganisation der Verwaltung und der Kältekatastrophe des letzten Winters. Die heute vorliegenden Entwürfe bringen zum Teil dauernde, zum Teil vorübergehende Änderungen. Die Reichsanstalt geht mit großen Schulden in den Winter, nämlich mit 250 Millionen Mark. Für den kommenden Winter müssen wir damit rechnen, daß der Ausgabebedarf die Einnahmen wesentlich übersteigt. Wir müssen an einen dauernden Ausgleich denken. Der Lösung dieser Frage dient hauptsächlich der zweite befristete Entwurf. Die Ausgaben hängen zunächst von der Zahl der Arbeitslosen ab. Die Sachverständigenkommission hat mit einem Durchschnitt von 1,1 Millionen Unterstützungsempfänger gerechnet. Die Deftilität hat diese Zahl für übertrieben pessimistisch gehalten. Trotzdem glaubt die Regierung an dieser Zahl festhalten zu müssen. Sie ist gewonnen aus dem Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1928. Voraussetzungen für die Konjunktur der nächsten Jahre lassen sich schwer machen. Sie hängt ab von der Handels- und Zollpolitik, vom Geldmarkt usw. Hinzu kommen aber die Veränderungen, die die Industrie selbst an sich vorgenommen hat. Man kann sich die Rationalisierung mit Rücksicht auf unsere Exportfähigkeit nicht wegdenken, aber andererseits ist man überall bemüht, arbeitssparende Methoden einzuführen, und die Konzentration der Betriebe schreitet unaufhaltsam fort. Die Folge ist steigende Arbeitslosigkeit. Eine Durchschnittszahl von 1,1 Millionen Arbeitslosen würde einen Fehlbetrag von rund 270 Millionen Mark bedeuten. Die Beseitigung dieses Fehlbetrages ist schwierig. Der Regierungsentwurf beschränkt sich bedauert auf eine Lösung bis zum 31. März 1931. Unsere Ausgaben von jährlich 1,1 Milliarden für die Arbeitslosen gehen noch immer um das Achtfache über das hinaus, was Rußland im ganzen dafür ausgibt.

Soweit zu übersehen ist, würde die Vorlage einen Ausgleich für die Reichsanstalt in Einnahmen und Ausgaben bringen. Das gilt nicht für den kommenden Winter. Diesmal wird ein Fehlbetrag von etwa 90 Millionen eintreten, der durch einen sogenannten „Arbeitslosenversicherungskredit“ überwunden werden soll.

Die Debatte hierüber war außerordentlich umfangreich. Die SPD schickte allein vier Redner vor. Als die wichtigste Rede erscheint uns die des Abgeordneten Graßmann (Vorländer des ADGB), der besonders scharf mit den Unternehmern ins Gericht ging, die sich aufspielen, allein die Wirtschaft darzustellen, die Riesengewinne einstecken, durch falsche Anwendung der Rationalisierung die Arbeitslosigkeit vermehren und trotzdem die Arbeitslosenversicherung verwerfen. Graßmann führte u. a. aus:

Die Erscheinung der Arbeitslosigkeit ist der typische Beweis für die Auswirkungen der heute betriebenen falschen Wirtschaftspolitik. Es ist der Beweis dafür, daß das heutige Wirtschaftssystem, das auf Spekulation und Erzielung von Gewinn aufgebaut ist, notwendig umgestaltet werden muß im Sinne der Regelung der Wirtschaft nach den Grundfäden der Bedarfsdeckung. Besonders die Erfahrungen der letzten Zeit sind bestimmend für uns in der Erkenntnis dieser Notwendigkeit. Es bedarf einer internationalen Regelung der Wirtschaft. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist in Deutschland vielfach ganz falsch beurteilt worden; noch dazu muß es als unmöglich bezeichnet werden, daß man nach so kurzer Zeit seines Bestehens bereits grundlegende Erkenntnisse über die Art seiner Auswirkung ergötzen haben wollte. Durch die falsche Beurteilung sollte der Eindruck erweckt werden, als ob die deutsche Bevölkerung zum großen Teil aus Nichtstunern bestünde. Die Notwendigkeit, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in diesem Winter ein Darlehen bei der Reichskasse aufnehmen mußte, um insgesamt 5 Millionen Menschen versorgen zu können, war nicht Schuld des Gesetzes. Es handelte sich bei dieser Erscheinung um eine Wirtschaftskatastrophe, für deren Opfer die Allgemeinheit genau so eintreten mußte, wie sie es sonst bei Naturkatastrophen tun muß. Die Arbeitskraft, die der wertvollste Teil des Volksvermögens ist, muß vor den Gefahren solcher Katastrophen geschützt werden. Unsere moderne kapitalistische Entwicklung ist undenkbar ohne die Sozialversicherung, die die Arbeitskraft der gesamten Arbeiterklasse aufrechterhält. Die Leistungsfähigkeit der Reichsanstalt bei normalen Arbeitsmarktverhältnissen kann von niemandem in Zweifel gezogen werden. Nicht nur hat sie die im Voranschlag vorgesehenen 700 000 Arbeitslosen, sondern über 800 000 Arbeitslose ohne Defizit unterstützen können. Wenn nun nach einem so anormalen Winter an die Reichsanstalt das Ansehen gestellt wird, daß sie ihrem Etat einfach durch Einschränkung der Leistungen und die Bemessung der Leistungen nach der Anzahl der Beiträge vornehmen soll, so muß den sogenannten Führern der Wirtschaft, die sich solche Pläne zu eigen machen, gesagt werden, daß sie alle Veranlassung hätten, zur notwendigen Sanierung der Reichsanstalt der Erhöhung ihrer Beiträge zuzustimmen. Mit den Methoden ihrer „Wirtschaftsführung“ vermehren sie nur durch Entlassungen die Arbeitslosigkeit. Nach den Berichten der Arbeitsämter des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ist zwar die Produktion in diesem Gebiete gestiegen, aber der Arbeitsmarkt stagniert oder verschlechtert seine Lage ständig. In früheren Zeiten hat man die jüngeren Arbeiter zeitweilig abgebaut und einen großen Teil der lange beschäftigten Arbeiter auf Lager arbeiten lassen. Heute legt man sozusagen die Arbeiter auf Lager! Die Wucht der Rationalisierung hat allein die Arbeitnehmer getroffen, und die gleichen Folgen haben die riesigen Wirtschaftszusammenschlüsse, die das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit beherrschen. So wurde z. B. schon lange vor der Fusion der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft mit dem Personalabbau von Angestellten begonnen. Die Leitungen der Großunternehmen hoffen dadurch, Millionen zu ersparen. Ein viel wirksameres Gebiet zur Ansehung von Sparmaßnahmen wären die in hohem Maße überbesetzten Aufsichtsräte und Direktorenkollegien. Die Banken rechnen mit etwa 80 Proz. persönlicher Unkosten, ungefähr die Hälfte davon verschlingt der Leitungsapparat. Hunderte Millionen könnten an dem Abbau von Bankdirektoren verdient werden, von denen jeder einzelne soviel verdient wie zweihundert bis dreihundert Bankangestellte. Die angeblich überbelastete Wirtschaft soll zunächst einmal Einkehr bei sich selbst halten. Der Redner verliest statistisches Material über die ungeheuer hohen Aufwandskoeffizienten bei der deutschen Großindustrie. Mit vollem Recht dürfen wir von der Wirtschaft, die sich so etwas leisten kann, gesteigerte Opfer fordern. — Wahrscheinlich wären wir dieser ganzen schwierigen Situation, der wir jetzt gegenüberstehen, entgehen gewesen, wenn man unseren bereits im Frühsommer gestellten Antrag auf vorübergehende Erhöhung der Beiträge um 1 Proz. angenommen hätte. Sollten die Folgen der Rationalisierung und der Konzentration der Wirtschaft in der kommenden Zeit weiterhin allein auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden; bei gleichzeitigem rücksichtslosem Kampf gegen jede Sozialpolitik, dann müßte sich die Allgemeinheit mit dem Gedanken vertraut machen, daß diese Wirtschaft viel energischer als bisher am Kraken genommen werden muß. Sehr bezeichnend ist es, daß es in dieser Hinsicht keinen Unterschied zwischen den noch Weltanschauung und politischen Auffassungen getrennten Gewerkschaftsrichtungen gibt. Wir haben uns für die Neuregelung der Sperrzeiten ausgesprochen, allerdings nicht in dem starren Sinne, wie es nachher die Mehrheit des 9. Ausschusses beschlossen hat. In der Starrheit der vorgeschlagenen Neuregelung sehen wir einen Schaden, dem wir eine größere Elastizität der Bestimmungen entgegensetzen werden. Ferner sind wir einverstanden mit der Ausdehnung der Kontrollbefugnisse der Reichsanstalt gegenüber der Heimarbeit und für eine Ausgestaltung der Versicherungsspflicht der Lehrlinge. Ebenso haben wir einer Minderung des Beitrages der Reichsanstalt an die Krankenkassen um 30 Millionen unsere Zustimmung gegeben. Selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß mit dieser Wei-

tragsminderung keine Leistungsminderung der Krankenkassen für die Arbeitslosen einberuht. Wir sind auch einverstanden mit einer Anrechnung von Wartezeit und Ruhegehalt auf die Erwerbslosenunterstützung und in einem gewissen Ausmaße der sozialen Renten, allerdings unter Erhöhung der bisher vorgesehenen Freigrenze über 20 Mk. monatlich. Auch der Neuregelung der Unterstützungsätze für Saisonarbeiter in Höhe der Sätze der Kriegsfürsorge, aber unter Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung, werden wir unsere Zustimmung geben. Dagegen haben wir schwere Bedenken gegen die Bemessung der Unterstützung nach dem Lohnniveau des Wohnorts und gegen die allgemeine Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige. In gleicher Weise wenden wir uns gegen die besondere Verlängerung der Wartezeit der Saisonarbeiter, denn die Saisonarbeiter können nicht verkürzt für ihr Berufsrisiko verantwortlich gemacht werden. Aus demselben Grunde sind wir, wie ja auch sämtliche anderen Parteien, gegen eine weitere Beitragserhöhung für die Saisongewerbe. Meine Partei ist davon ausgegangen, daß dieses Gesetz einen hohen Wert, ja den wichtigsten Baustein im ganzen Gesetze der Sozialpolitik darstellt. Außerdem ist das Gesetz sehr wertvoll auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung. Wer die Kämpfe um den paritätischen Arbeitsnachweis, die die Gewerkschaften in der Vorkriegszeit führten, aus eigener Anschauung kennt, wer seinen Wert für eine anders geartete Berufsausbildung kennt, der wird wie ich auf dem Standpunkt stehen, daß es sich lohnt, um seine Existenz zu kämpfen. Darüber hinaus gibt das Gesetz sehr wertvolle Anlässe für eine wirtschaftliche Selbstverwaltung. Wir sind davon überzeugt, daß wir mit dem Willen, aufrechtzuerhalten, was geschaffen wurde, abzuwehren die Bedrohungen für Hunderttausende von Arbeitslosen, dem Nebel, das die heutige Wirtschaftsordnung zeigt, nur zu Leibe gehen können, wenn wir versuchen, es in seinem Kern zu treffen. Die eigentlichen Verantwortlichen für das soziale Elend und die wirtschaftliche Anarchie nicht nur in unserem Lande, sondern in der ganzen Welt sind die Interessenten an einer nach unserer Auffassung falschen und darum schädlichen Art der Wirtschaft, die wir zu einer sozialistischen umgestalten wollen.

Zwischen der zweiten und dritten Lesung hatte die widerspenstige Deutsche Volkspartei durch das Eingreifen Stresemanns (seine letzte politische Tat) beschlossen, wenigstens Stimmhaltung zu üben, anstatt das Gesetz abzulehnen. Bei Beginn der dritten Lesung gab Abgeordneter Aufhäuser im Namen der SPD. eine Erklärung ab, die am Schluß lautet:

„Obwohl nachweislich eine Beitragserhöhung zur dauernden Sanierung der Reichsanstalt unentbehrlich ist, ist sie am Widerstande der Deutschen Volkspartei gescheitert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist nicht gewillt, deswegen den sozialpolitischen und organisatorischen Teil des Reformwerks gefährden zu lassen. Die gesetzlich festgelegten Leistungen der Arbeitslosenversicherung müssen auch für die Zukunft sichergestellt sein. Deshalb kann bis zu einer späteren Beitragserhöhung auf die Inanspruchnahme der Reichskasse zur Bedienung des Freibetrags der Reichsanstalt nicht verzichtet werden. Im übrigen betrachtet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Reformwerk als abgeschlossen. Sie wird sich jedem neuen Versuch, die diesmal abgewehrte Abbauaktion zu wiederholen, mit aller Kraft entgegenstellen.“

Nachdem noch die anderen Parteien teils zustimmende, teils ablehnende Erklärungen abgegeben hatten, folgte die namentliche Abstimmung. Sie ergab Annahme der Arbeitslosenversicherungsreform mit 238 gegen 155 Stimmen. 40 Volksparteiler enthielten sich der Abstimmung. Gegen das Gesetz stimmten die Deutschnationalen, Kommunisten, Nationalsozialisten und die Wirtschaftspartei.

## Theaterarbeiter

Die deutschen Theater. Nach einer Rundfrage werden zurzeit in Deutschland folgende Theaterunternehmen betrieben: in staatlicher Regie 20, in städtischer Regie 59, auf Grund von Stiftungen 2, mit städtischen Subventionen 24, private Theater in Berlin 30, Privattheater im Reich 35, Wanderbühnen mit öffentlichen Zuschüssen 25; geschlossen sind zurzeit 13 Theater. In 70 von 79 in öffentlicher Hand befindlichen Theatern ist das technische Personal vorwiegend bei uns organisiert. Wir sehen auch in diesem Punkte, wie wichtig die Verschmelzung ist, da der Verkehrsband zurzeit an den verschiedensten Privattheatern Mitglieder besitzt, deren Interessenvertretung selbstverständlich durch die Zusammenfassung nur gewinner wird.

## Landstraßenwärter

Waldeck. Die Christen hatten für die Straßenwärter des Bezirkes eine Versammlung einberufen. Wir hatten Kenntnis davon erhalten und betrachteten es für unsere Pflicht, den Waldecker Straßenwärtern einmal Aufklärung zu geben. Bedauerlicherweise waren die Vertreter der Christen nicht erschienen, jedoch hatte sich ein Vertreter des Rheinischen Straßenwärterverbandes aus Köln nebst einem dieser gelben Organisation angeschlossenen Straßenwärter eingefunden. Kollege Schmezer referierte und sagte diesen auch-Gewerkschaftern einige ihnen recht unangenehme Wahrheiten. Besonders geißelte er den Kartellvertrag, der zwischen den Christen und dem Rheinischen Straßenwärterverband abgeschlossen ist, der aber keineswegs eingehalten wird, vielmehr befänden sich die beiden Kartellbrüder auf das heftigste. Die anwesenden Kollegen traten fast alle unserer Organisation bei.

## Aus unserer Bewegung

„Wirtschaftsdemokratie“ im Württembergischen Landtag. Artikel 78 der neuen württembergischen Gemeindeordnung spricht von der Bildung von Verwaltungsausschüssen. Ziffer 1 lautet:

„Zur Verwaltung oder Beaufsichtigung einzelner Verwaltungszweige sowie zur Erledigung einzelner Angelegenheiten können durch Gemeinde-satzung Verwaltungsausschüsse gebildet werden. Sie bestehen aus Mitgliedern des Gemeinderats und geeignetenfalls auch aus sonstigen Bürgern der Gemeinde.“

Hierzu hatte die Bezirksleitung unseres Verbandes folgenden Antrag eingebracht:

Dem Artikel 78 der Gemeindeordnung ist noch folgender Absatz beizufügen: „Die nach § 1 WGO. gewählten Betriebsräte erhalten in den Verwaltungsausschüssen bzw. Abteilungen der technischen und Verordnungs-betriebe der Gemeinden Sitz und Stimme nach § 70 des Betriebsrätegesetzes.“

Dieser Antrag wurde folgendermaßen begründet:

Die bisher geltende Gemeindeordnung sah eine Möglichkeit, daß auch der im Betrieb schaffende Arbeiter seine dort gesammelten Erfahrungen im Interesse einer wirtschaftlichen und technischen Vervollkommnung des Betriebes wirksam verwerten konnte, nicht vor. Der § 1 des Betriebsrätegesetzes sagt: „Zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben usw. Betriebsräte zu errichten.“ Ferner will auch der § 66 WGO. die praktische Mitarbeit der Betriebsvertretung, denn er lautet in seiner Pflichtbestimmung: „Der Betriebsrat hat die Aufgabe: 1. in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen.“ Der Gesetzgeber wollte also, das geht auch aus den verschiedensten Kommentaren zum WGO. hervor, die Betriebsvertretung zur positiven Mitarbeit in der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung der Betriebe verpflichten. Wenn das Gesetz diese Pflicht vorschreibt, so sollten unserm Antrag gemäß auch die sonstigen einschlägigen Gesetze (wie z. B. das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vom 15. Februar 1922, RGBl. S. 209 diese Frage für die Privatbetriebe regelt) die Vorschriften enthalten, daß der Betriebsvertretung die Gelegenheit geboten wird, ihrer Verpflichtung in den maßgebenden Körperschaften voll und ganz nachkommen zu können. — Die Begründung zu Art. 78 des Regierungsentwurfs zur neuen Gemeindeordnung hob in ihrem 2. Absatz auch ganz besonders hervor: „Der Entwurf hält an der Einrichtung der Kommissionen, die nach der Abschaffung des Bürgerausschusses da und dort wieder mehr in den Hintergrund getreten sind, fest und benennt sie im Gegensatz zu den vorberatenden „Verhandlungsausschüssen“ im Hinblick auf ihre Hauptaufgabe „Verwaltungsausschüsse“. Da die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse u. a. auch den Aufgabenkreis der Gemeinden insbesondere auch auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet erweitert haben und im Zusammenhang damit vielfach ein Bedürfnis besteht, auch außerhalb des Parteilebens stehende tüchtige Kräfte sowie Personen mit besonderen Fach- und Berufskennntnissen zur unmittelbaren praktischen, über eine bloße Gutachterfähigkeit hinausgehende Mitarbeit auf bestimmten Gebieten der Gemeindeverwaltung mit Stimmrecht und damit auch größerem Verantwortungsgefühl heranzuziehen, läßt der Entwurf die Einsetzung von Verwaltungsausschüssen nunmehr für sämtliche Gemeinden zu. Gleichzeitig umschreibt er näher den Aufgabenkreis solcher Ausschüsse. Er nimmt Bezug auf die Verwaltung oder Beaufsichtigung von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, Straßenbahnen sowie technische Betriebe überhaupt, weiter auf soziale und Kulturbetriebe wie Krankenhäuser, Bäder, Theater, Büchereien, Friedhöfe usw., die sich im Besitze der Gemeinden befinden. Es sind hier also die Betriebe aufgeführt, für die es nach der gegebenen Begründung in erster Linie erwünscht erscheint, Sachberater mit besonderen Fach- und Berufskennntnissen in weiterer zur verantwortlichen Mitarbeit zu verpflichten.“

Der Regierungsentwurf selbst wünschte die Aufnahme von „Personen mit besonderen Fach- und Berufskennntnissen zur unmittelbaren praktischen, über eine bloße Gutachterfähigkeit hinausgehende Mitarbeit“. Die Staatsregierung und der Landtag scheinen dieses aber nicht beabsichtigt zu haben, denn sonst hätten beide Instanzen unsern Antrag doch ernsthafter überprüfen müssen. Der Landtag hat gegen die Stimmen der Sozialdemokratie unsern Antrag abgelehnt und damit bewiesen, daß er für den Gedanken der Wirtschaftsdemokratie nichts übrig hat. Die Vertreter der sogenannten Wirtschaft haben auch in dieser Angelegenheit ihre Arbeiterfeindschaft dokumentiert, das wollen wir nicht ver-gessen. Die Betriebsräte haben nicht nur das Recht, sondern nach den oben angezogenen Gesetzesbestimmungen sogar die Pflicht, im besonderen unter Berücksichtigung des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgabenkreises der Gemeinden für möglichst rationelle Produktionsformen einzutreten. Wir behaupten: die Betriebsräte hätten sich in den neuen Verwaltungsausschüssen mit beratender und beschließender Stimme doch stärker durchsetzen können, als dieses bei den bestehenden lückenhaften Gesetzesbestimmungen bisher möglich war.

Nach einem früheren Ausspruch sollte beim alten Heer jeder Grenadier den Marschallstab im Tornister mit sich tragen. (Anmerkung: Das haben wir nie geglaubt!) Für das große Heer der

Industriearbeiter trifft es leider ebenso nicht zu, daß der tüchtigste den Marshallstab der Wirtschaftsgeneralität im Tornister trägt, trotzdem sie der werteschaffende Teil der Wirtschaft in jeder Hinsicht ist. Der Privatkapitalismus duldet keinen anderen neben sich, er will nicht nur im Staat, sondern auch im Wirtschaftsleben allein der Herr sein, denn so sind seine Profite am besten geschützt und gepflegt.

Die heutige Zeit verlangt aber von der Arbeiterschaft, daß sie sich ihren Platz in der Wirtschaft erobert. — Die Wirtschaftsdemokratie ist eine Etappe in der Erreichung dieses Zieles. Gerade deshalb wird sie auch vom reaktionären Bürgertum so schwer bekämpft.

Wenn der erste Versuch, in Württemberg für die Wirtschaftsdemokratie eine, wenn auch nur geringe gesetzliche Sanktionierung zu erreichen, gescheitert ist, so soll dieses für die Arbeiterschaft ein um so größerer Ansporn sein, nun erst recht für diese Idee, und nicht nur für die Idee, sondern für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie zu kämpfen.

G. Bolm.

**Der Lohnstarif der Gemeindearbeiter im Rheinland** wurde zum 30. September 1929 gekündigt und zugleich eine Lohnforderung von 10 Pf. pro Stunde für alle Lohngruppen dem Arbeitgeberverband unterbreitet. Bei den Verhandlungen am 26. September wurde von Arbeitgeberseite betont, daß eine sachliche Begründung für eine Lohnerhöhung nicht vorläge, aber auch durch die schlechte Finanzlage der Städte und Gemeinden eine Lohnerhöhung für sie untragbar wäre. Nach längerem Verhandeln machten dann die Arbeitgeber ein Angebot, die Löhne der Gruppe I um 3 Pf., der Gruppe II um 2 Pf., der Gruppe III um 1 Pf. zu erhöhen, die Gruppe IV sollte überhaupt keine Lohnerhöhung erhalten. Dies wurde selbstverständlich von der Tariffkommission abgelehnt. Nachdem die Arbeitgeber ihr Angebot noch verschiedentlich revidierten, kam man nach fast fünfstündiger Verhandlung zu folgendem Ergebnis:

Die Löhne werden in der Sonderklasse und Ortsklasse I in allen Lohngruppen ab 1. Oktober 1929 bis 31. März 1930 um 3 Pf., ab 1. April 1930 bis 31. März 1931 um weitere 2 Pf. erhöht. In der Ortsklasse II und III werden die Löhne ab 1. Oktober 1929 bis 31. März 1930 um 2 Pf. und ab 1. April 1930 bis 31. März 1931 um weitere 2 Pf. in allen Gruppen erhöht. — Die Löhne betragen danach ab 1. Oktober 1929:

Lohngruppe	Sonderklasse	Ortsklasse		
		I	II	III
I	103	100	89	84
II	94	90	81	76
III	90	86	76	70
IV	87	83	73	67
V (Frauen)	62	60	54	51
Ab 1. April 1930:				
I	105	102	91	86
II	96	92	83	78
III	92	88	78	72
IV	89	85	75	69
V (Frauen)	63	61	55	52

Die Tariffkommission hat diesem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Wenn dasselbe sie auch nicht ganz befriedigt, so wurde ihr die Zustimmung doch dadurch erleichtert, daß die Absichten der Arbeitgeber, bei den unteren Lohnstufen eine Staffelung vorzunehmen, durchkreuzt wurden und die neuen Erhöhungen auf alle Lohngruppen ausgedehnt werden. Das darf ohne weiteres als ein Erfolg der Organisation gebucht werden.

### Internationale Rundschau

**England.** Die englische Arbeiterregierung hat entschieden, allen im Staatsdienst beschäftigten Arbeitern nach ein- oder mehrjähriger Beschäftigungsdauer eine Woche Ferien zu gewähren. Darüber hinaus werden fünf gesetzliche Feiertage bezahlt. Im puritanischen England sind außer Ostern, Pfingsten, Weihnachten alle kirchlichen Feiertage beseitigt. Der erste Montag im August ist ein Arbeiterfeiertag, genannt Bankfeiertag. Die Osterferien beginnen am Donnerstag abend, da Karfreitag als höchster Feiertag gilt. Erwähnte Regierungsentscheidung wird in Gewerkschaftskreisen freudig begrüßt. So gab Walter Citrine, Sekretär des Gewerkschaftsbundes folgende Erklärung ab:

„Diese erfreuliche Aktion sollte dazu dienen, der gesamten Arbeiterschaft zu beweisen, was es heißt, eine Arbeiterregierung an der Spitze des Staates zu haben. Seit Jahren kämpft die Gewerkschaftsbewegung für bezahlte Ferien, da Ferien ohne Bezahlung einfach keine Ferien sind.“

In ähnlichem Sinne äußerten sich Ernest Bevin, Sekretär des Verkehrsbundes und Will Thorne, Sekretär des Fabrik- und Ge-

meindarbeiterverbandes. In beiden Verbänden sind viele Staatsarbeiter organisiert. Auch in vielen anderen Verbänden gibt es Staatsarbeiter als Mitglieder. Die Gesamtzahl ist etwa 100 000, die in Militärwerkstätten, Post, Arbeitsamt, Staatsdruckerei beschäftigt sind. Will Thorne erklärte:

„Die Reform war eigentlich längst fällig. Schon vor Jahren hätte sie verwirklicht werden müssen, jedoch war das weder von einer liberalen noch konservativen Regierung zu erwarten. Pflicht ist es nun, dahin zu streben, unsere Forderung zur vollen Durchführung zu bringen, da allen Arbeitern das Recht zu vierzehntägigen Ferien zustehen muß. Die Regierung hat aber einen guten Anfang gemacht.“

Schon vor dem Kriege bestand das Prinzip der Ferien, das auch in allen Industrien durchgeführt war, freilich kannte man im allgemeinen keine Bezahlung derselben. In der Textilindustrie Lancashires wurde schon stets mit Ferienzeiten großes Wesen gemacht. In der ersten Woche des August ruht die Arbeit in den Fabriken, die Textilarbeiter und -arbeiterinnen ziehen nach dem schönen Seebadeort Blackburn. Ihren Lebensunterhalt dafelbst bestreiten sie aus Spargroschen, die sie in Betriebs- und anderen Sparkassen einzahlen, eine Einrichtung, die auch in vielen anderen Industrien besteht. Tariflich festgelegte und bezahlte Ferien gab es wie gesagt nur wenig. Gar mancher deutsche Gewerkschafter wird kürzlich mit Staunen gelesen haben, daß es in England tariflich geregelte Ferien nur für 1 1/2 Millionen Arbeiter gibt, in Deutschland aber für 8 1/2 Millionen. Die Deutschen sind hier den Engländern über und besonders die Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter, die bis zu 28 Tage Urlaub laut Tarifvertrag erhalten. Wo es allerdings in England Ferien gibt, sind diese nur selten weniger als eine Woche. Die Entscheidung der Arbeiterregierung ist für die Gewerkschaften ein Ansporn, die Forderung nach Ferien für alle Arbeiter zu verwirklichen. Warum soll auch in dieser Hinsicht ein Unterschied zwischen Arbeiter und Angestellten gemacht werden.

B. W.

### Rundschau

#### Sicherung des Achtstundentags

##### Gesetzentwurf über das Washingtoner Abkommen

Amtlich wird mitgeteilt: „Der Reichsarbeitsminister und der Reichsminister des Auswärtigen haben unter dem 1. Oktober dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem die Zustimmung zu dem Washingtoner Uebereinkommen über den Achtstundentag ausgesprochen wird.“

Das Zustimmungsgesetz soll gleichzeitig mit dem Arbeitschutzgesetz und dem Bergarbeitsgesetz in Kraft treten, weil die Ratifizierung erst erfolgen kann, nachdem die Uebereinstimmung des deutschen Rechts mit dem Inhalt des internationalen Uebereinkommens durch die Verabschiedung der vorgenannten materiell-rechtlichen Gesetze herbeigeführt ist. Der Gesetzentwurf macht die Ratifizierung durch Deutschland nicht abhängig von der gleichzeitigen Ratifizierung durch andere Staaten.“

#### Deutschland

Der Bauer säet den Roggen ein.  
Der Junker sitzt im Sonnenschein.  
Die jüngste „Magd“ bekommt ein Kind.

So, teufisch zu sein, das ist 'ne Lust:  
Ein jeder wirft sich in die Brust —  
Wir sind der hohe Adlergeist:  
Der aller Welt die Wege weist!

Im Lindenbaume singt der Wind.  
Im Zeitungswalde singt es auch:  
Ein lieber frommer teutscher Brauch:  
Ein Sang von Ehre und von Ruhm:  
„All-Deutschland darf auf Lorbeer ruhn!“

Das rühmt die teutsche Wissenschaft,  
Das pflast beinah von Geisteskraft —  
Vor lauter Geist hat man indessen  
Den Hammer und die Faust vergessen.

Der kühne Graf ritt durch die Lüste  
Da öffnen sich die alten Grüste:  
Der Kurfürst pfeift aus Fehrbellin:  
Ich bin der Geist von Zeppein!

Wer ist es, der bei Tag und Nacht  
Den Namen Deutschland ehrbar  
macht?

Proletenhand: Proletenschweiß:  
Das ist's, — was wirklich Deutsch-  
land heißt!

Max Dörla

### Verbandsteil

#### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Der R.M.C.-G. 8 (Gemeindearbeiter) und der R.M.C.-D. 5 (Straßenbahn) ist von den an diesen Tarifverträgen beteiligten Vertragsparteien um seine Geltungsdauer verlängert worden.

Der Verbandsvorstand

## Richtfest in unserem Ferienheim in Kochel am See

Dor eineinhalb Jahren hat die Filiale München das frühere Strandcafé in Kochel am See käuflich erworben und als Ferienheim ausgestattet. In unserem jetzigen Bericht hierüber verschwiegen wir nicht die mannigfaltigen Bedenken, die uns die Entscheidung damals nicht leicht machten. Daß es für den Verbandsvorstand, dank dessen Unterstützung wir überhaupt nur unseren schönen Gedanken „Ferienheim“ wahr machen konnten, mit Rücksicht auf die verfluchten Konsequenzen noch viel schwieriger gewesen ist, sich für eine Mitfinanzierung zu entscheiden, versteht sich ganz von selbst. Kollege Dittmer hat in Nr. 38 der „Gewerkschaft“ ja sehr deutlich auf die großen Bedenken hingewiesen. Der Einwand, der insbesondere von den unbesoldeten Dorstandsmitgliedern gemacht wurde, nämlich, daß es sich lediglich um ein Heim für die Münchener Kollegen handeln würde, schien nicht unberechtigt zu sein. Heute nach eineinhalb Jahren können wir jedoch feststellen, daß dem nicht so ist, denn mehr als zwei Drittel unserer gesamten Feriengäste rekrutieren sich aus auswärtigen Kollegen und Kolleginnen. Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, Frankfurt und die fröhlichen Rheinländer haben sich in Kochel zu längerem oder kürzerem Aufenthalt eingefunden und mehr als

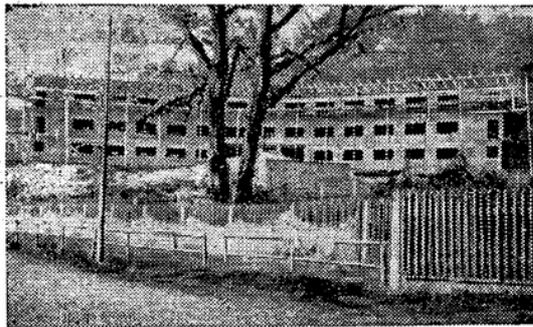


Auf dem umzäunten Gelände erhebt sich der Neubau

80 Anmeldungen von auswärtig mußten wir leider in Ermangelung einer Unterbringungsmöglichkeit auf das nächste Jahr vertrösten.

Daß sich das Haus als zu klein und zu eng erwiesen hat, deuteten wir als eine Rechtfertigung der Errichtung eines eigenen Ferienheims. Wir haben uns aber mit dieser erfreulichen Feststellung nicht begnügt, sondern mit der Erstellung eines Erweiterungsbaues die praktische Nutzenwendung daraus gezogen. Am Sonnabend, dem 21. September 1929, war bereits die Hebeweinfeier des Neubaus, der sich auf einer Anhöhe unmittelbar hinter dem Stammhaus sichelförmig an der Südostseite des Sees erhebt.

Das neue Heim, das aus Parterre und zwei Stockwerken besteht, weist 46 Zimmer auf, die 80 Personen und im Notfall mehr aufnehmen können. 34 Zimmer werden regulär zwei Betten, 12 Zimmer je ein Bett haben. Die Zimmer sind mit einem Flächenraum von rund 18 Quadratmeter alle gleich groß und werden mit fließendem kaltem und warmem Wasser versehen; vier Eckzimmer erhalten hübsche Balkons; alle 46 Zimmer liegen nach einer Front und haben völlig freien Ausblick auf See und Gebirge: Herzogstand, Heimgarten, Kesselberg und Jochberg. In der Mitte des Baues ist ein schöner Aufenthaltsraum mit großen versenkbaren Fenstern vorgesehen. Alles trägt neuzeitlichen Baustil, der frei von überflüssigem Zierat ist und gerade durch seine einfachen Linien mächtig wirkt. Die Fenster nehmen fast die ganze Zimmerbreite ein und sind ohne Sprossen; hell, klar, gesund und frei von jedem Ballast. In den rückwärtigen Zimmergängen, die ebenfalls mit breiten Fenstern versehen sind, werden auf die Stockwerke verteilt Wannenbäder eingerichtet. Rückwärts im Parterre sind die Kesselanlagen für die Warmwasserheizung, daneben der Kohlenraum, die Waschküche, die mit elektrischen Waschmaschinen versehen werden wird und ein Bügelzimmer. Ueber diesem Raum wird im ersten Stockwerk ein Touristenlager eingerichtet, das insbesondere den jungen Wanderern eine schöne Unterkunft bieten wird, und das zweite Stockwerk dient als Waschtrockenspeicher. Vor dem Bau, der eine Längsfront von 51 Metern hat, wird eine hübsche Terrasse von etwa 3½ Meter Breite errichtet werden. Der Bauentwurf sowie die verantwortliche Leitung des Neubaus liegt in den Händen des Architekten Emil Frensmuth aus München. Ueber die Inneneinrichtung ist noch keine Entscheidung getroffen,



Hebeweinfeier am 21. September 1929

jedoch ist bereits ein Musterzimmer nach dem Entwurf des vorbenannten Architekten in Auftrag gegeben. Beim Richtfest leuchteten am Flaggenmast die Reichsfarben. Der Hebebaum und die sämtlichen Dachsparren waren mit roten und schwarzrotgoldenen Fähnchen geschmückt. Nachdem der Zimmermann einen ebenso inhaltsreichen wie flotten Richtspruch gehalten hatte, fand in den gemütlichen Räumen des Stammhauses eine gesellige Feier statt. Kollege Erhart entbot namens des Bauherrn den Willkommgruß an die Gäste. Außer den am Bau beteiligten Firmen waren Gewerkschafts- und Parteivertreter, der Bürgermeister und eine Anzahl Gemeinderäte von Kochel sowie Vertreter der Presse erschienen. In seiner Festansprache schilderte Kollege Erhart die Entwicklungsgeschichte des Ferienheims, in dessen Mittelpunkt das

Wort „Urlaub“ steht, und gab in packender Weise ein Bild von der jahrzehntelangen mühevollen Arbeit und der großen Kämpfe, die die Gewerkschaften um die Erringung eines tarifrechtlichen Anspruchs auf Urlaub geführt haben. Er betonte, daß die Errichtung des Baues keine leichte Aufgabe war, aber die Organisation hat sie gelöst in der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse bei ihrem Aufstieg ganz auf ihre eigenen Kräfte angewiesen ist. In humor-

voller Weise erinnerte er daran, daß vor eineinhalb Jahren im Kocheler Volksmund die Schauerwärter ging, daß die „Spartakisten“ das Strandcafé gekauft haben, das sie mit einem Zaun umgeben, die schöne Badeanstalt der öffentlichen Benutzung entziehen werden und ähnliches mehr, daß sie sich aber recht rasch davon überzeugen ließen, daß unsere Absichten weit bessere sind als der Ruf, der uns voraus ging. Heute ist unser Ferienheim, so betonte er, auch für die Einheimischen die beliebteste Einkehrstätte von ganz Kochel. Wir denken nicht daran, so führte Kollege Erhart aus, uns von der übrigen Welt abzuschließen, son-

dern wollen vielmehr, daß die breiteste Öffentlichkeit von unseren kulturellen Leistungen erfährt und Notiz nimmt. Er hob hervor, daß auch Herr Regierungspräsident v. Knözinger bei seinem persönlichen Besuch anlässlich einer baulichen Besichtigungsreise im Bezirk, die tags vorher stattgefunden hat, sich nicht nur sehr lobend über den Neubau, sondern über unsere Bestrebungen überhaupt ausgesprochen habe. Seiner besonderen Freude gab er darüber Ausdruck, daß sich während des Neubaus kein Unfall ereignet hat. Er sprach allen Kopf- und Handarbeitern, die, jeder an seinem Platz, nach seinem Können und seinen Fähigkeiten, mitgewirkt haben, dieses Kulturbauewerk erstehen zu lassen, den herzlichsten Dank aus. Er gab der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck, daß dieses neue Heim, das ein lebendiges Dokument des geistigen Aufstieges der Arbeiterklasse darstelle und Zeugnis von der gewerkschaftlichen Kraft ablege, für die schaffenden Volksgenossen eine Stätte der körperlichen und geistigen Erholung werden möge. Mit großer Begeisterung stimmten die Festteilnehmer in ein dreifaches Hoch auf die Arbeiterbewegung ein, in deren Mittelpunkt die Gewerkschaften stehen. Das gesellige Beisammensein gestaltete sich bei Konzert und Vorträgen recht fröhlich und nahm einen für alle Beteiligten ebenso schönen als unvergeßlichen Verlauf.

Das Ferienheim steht nicht nur Mitgliedern des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zur Verfügung, sondern auch den Mitgliedern anderer freigewerkschaftlicher und kultureller Organisationen mit ihren Familienangehörigen. Trozdem das neue Heim mit allen modernen Errungenschaften der Technik ausgestattet und allen hygienischen Anforderungen gerecht werden wird, soll an dem Pensionspreis, der einschließlich Bedienungsgeld nur 4,40 Mk. beträgt, nichts geändert werden. E.